

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 52, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 26.

Sonnabend, den 1. Juli 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen. — Vom achten Gewerkschaftskongress. I. — Wirtschaftliche Rundschau. — Der abgebrochene Steinarbeiterstreik in Reichenbach im Odenwald. — Feuilleton: Traurige Betrachtung. — Die Differenzen im Steinmehrgewerbe in München beigelegt. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Steinausführungen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Nachlese zur Pflastersteinsollfrage. — Die deutschen Gewerkschaftskongresse im Jahre 1910. — Literarisches.

Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist obdientlich zu berichten; wo das unternimmt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Randersacker: Die Bläse Schliermann und Ludwig Röder. — Kirchberg: Die Firmen Berthold und Brückner.

Heppenheim. Die bei der Firma Rütch & Reimuth beschäftigten Pflastersteinhauer legten am 17. Juni die Arbeit nieder. Die Firma will pro Stück 3 Pfg. weniger bezahlen.

Faulbach a. M., Fehrenbach, Reichenhausen, Stadtprozelten, Mondfeld, Miltenberg, Mülfeld, Bürgstadt und Obernburg. Die Sandsteinarbeiter sind in Streik getreten.

Kürnbach, Verdingen und Sternfels. Der Tarifvertrag wurde jetzt auch von den Unternehmern August und Fritz Lachenauer in Kürnbach unterzeichnet. Nicht anerkannt hat nur noch der bekannte Unternehmer Karl Treutle in Kürnbach.

Bede-Frömmersbach (Rhld.). Die Pflastersteinarbeiter stehen im Streik.

Bilgramsreuth-Neuhau. Der Streik dauert unverändert fort. Die Kollegen sind bis auf wenige anderweitig untergebracht. Der Wertplatz Heinrich in Niederlamitz ist gesperrt.

Ströbel (Schlesien). Die Unternehmer stellen gegenseitig keine Leute ein, welche die Arbeitsstellen wechseln. Unsere Kollegen finden eine solche Fessel unerträglich. Zugang ist zu vermeiden.

Selb. Die Fichtelgebirgs-Granit-Aktiengesellschaft hat den Vorsitzenden Hoffmann wieder eingestellt. — Der Streik bei der Firma Kersch ist mit vollem Erfolg beendet. Hoffentlich werden zukünftig die Tarifschiedsprüche von den Unternehmern strikte anerkannt.

Bethelsdorf (Zahlstelle Sebnitz). Der Streik bei der Firma Heinrich & Hutsch ist zu unseren Gunsten erledigt. Es kam ein Tarif zum Abschluss.

Schneiersgrün. Mit den Granitsteinbruchbesitzern konnte ein umfangreicher Tarif abgeschlossen werden.

Mannheim. Der vorgelegte Marmorarbeitertarif in Mannheim-Ludwigshafen wurde von sämtlichen Firmen anerkannt, mit Ausnahme der Schachenmühle. Sechzehn in Frage kommende Kollegen stellten die Arbeit ein.

Strahburg (Elb.). Hier stehen die Marmorarbeiter im Streik.

München. Der Streik der Bausteinmehrer ist zu unseren Gunsten erledigt. Die Stundenlohnzulage beträgt 3 Pfg.

Alt-Warthau. Die Hilfsarbeiter haben um eine kleine Lohnzulage nachgesucht. Die Unternehmer haben auf die gemachte Eingabe noch nicht einmal geantwortet.

Riel. Der Streik ist erledigt, es wurde ein Akkordtarif abgeschlossen. Eingestellt werden vorläufig nicht alle. Zugang ist deshalb noch fernzuhalten.

Hausberge und Mettelstädt. Die Firma M. Michelsohn & Co. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt. In Böhmen treibt sich ein Agent herum, der Steinmehrer für die Firma anwerben will.

Wiesbaden. Wegen Nichtanerkennung der bescheidenen Forderungen sind die hiesigen Kollegen in Streik getreten.

Birna. Der Mühlenbetrieb der Firma Gebr. Israel ist wegen Reduzierung der früheren Löhne für alle organisierten Mühlenarbeiter gesperrt. Dort sind nur Arbeitswillige beschäftigt.

Gommern. Firma 665 Pflastersteinarbeiter haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer eine zehnprozentige Lohnzulage ablehnten und auf Eingaben des Verbandes nicht reagierten. 400 Mann sind abgereist. Zugang muß streng ferngehalten werden.

Münster (Westfalen). Die in den Grabeingeschäften und Werkstätten für innere Kircheneinrichtungen beschäftigten Kollegen haben am 21. Juni die Arbeit niedergelegt.

Oesterreich. Gesperert sind: Schwarzbrenn, Kohlstadt, Maffersdorf, Auffig, Kolomea, Drohobycz, Laibach, Mühlberg, Friedberg, Klein-Kroffe, Rotwasser, Sezdorf und Schwarzwasser. In den fettgedruckten Orten sind etwa 700 Granitarbeiter ausgesperert.

An die Ortsverwaltungen!

Wir verweisen darauf, daß Streiks, welche ohne Sanction des Zentralverbandes beschlossen werden, aus der Hauptklasse nicht unterstützt werden. Wir müssen von den Zahlstellen verlangen, die eventuell in den Streik treten wollen, daß die statistischen Bestimmungen streng durchgeführt werden.
Der Zentralvorstand.

Vom achten Gewerkschaftskongress.

Unter der starken Beteiligung von 388 Delegierten tagt in Dresden der 8. Gewerkschaftskongress. In seiner Eröffnungsrede konnte der Vorsitzende der Generalkommission Legien auf den enormen Fortschritt hinweisen, den unsere Zentralverbände in den letzten drei Jahren gemacht haben. Die Hoffnung, die der letzte Kongress in Hamburg hegte, sei nicht nur erfüllt worden, sondern sie wurde übertroffen; nicht nur die zwei Millionen Mitglieder haben die Gewerkschaften erreicht, sie zählen gegenwärtig 2 276 000 Mitglieder. Legien warnte aber, sich angesichts dieser guten Fortschritte einer Selbsttäuschung hinzugeben. Die Unternehmer seien ebenfalls stark organisiert und gingen von ihrer früheren Abwehrtaktik jetzt zur Angriffstaktik über. Die Gewerkschaften hätten sich auf große kommende Kämpfe einzurichten. Wenn auch in den Krisenjahren 1908/09 die Zahl der Kämpfe etwas herabging, so zeige die Statistik, daß das Jahr 1910 an Zahl und Umfang der Kämpfe alle früheren Perioden übertriffe. Und die Gewerkschaften seien auf ihre eigene Kraft angewiesen. Unter lebhafter Zustimmung der Delegierten konnte Legien erklären, daß die sozialpolitischen Gesetze nicht etwa unsern Gewerkschaften das Leben erleichtern, sondern erschweren. Wir könnten ganz allgemein die Beobachtung machen, daß alle Vorschläge und Wünsche der Arbeiter in den Kreisen der Regierung nur gehört werden, um in der Gesetzgebung das Gegenteil zum Ausdruck zu bringen. Die Reichsversicherungsordnung und die Hygienische Ausstellung in Dresden seien besondere Beweise dafür. Die Generalkommission habe bei der Ausstellung das weiteste Entgegenkommen gezeigt. Sie wollte eine besondere Aufnahmejury zulassen für ihre Ausstellungsgegenstände, konnte sich aber keineswegs eine Prüfung durch die sächsischen Unternehmer gefallen lassen. In derselben Halle, in der unsere Gewerkschaften ausstellen wollten und die auf ihre Kosten erbaut werden sollte, wurde von uns den Unternehmern Platz für ihre Ausstellung eingeräumt; dann hätte man durch die Ausstellung selbst zeigen können, auf welcher Seite etwa die Tendenz abzuwarte. Mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen den Gewerkschaften zum Nutzen gereichen mögen, schließt Legien seine Eröffnungsrede, der sich die Begrüßungsrede des Genossen Buch vom Dresdner Lokalkomitee anschließt.

Auf die altbewährte Leitung des Kongresses durch Bömelburgs Vorsitz muß der Kongress leider verzichtet, da Bömelburg wegen persönlicher Unpäßlichkeit ablehnt. Außer Legien werden Leipart und Schilke zu Vorsitzenden ernannt.

Der Kongress tagt ohne Mittagspause von 9 bis 4 Uhr. Als besonderer Tagesordnungspunkt wird noch eingefügt: Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungsstelle.

Die ausländischen Bruderorganisationen sind diesmal nur schwach vertreten. Nach einigen Begrüßungsreden der Vertreter dieser Organisationen gibt Legien den Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Redner bespricht die Tätigkeit der Hausangestellten- und der Landarbeiterorganisation, welche letztere vorher kaum erwartete Fortschritte gemacht habe. Dem Vorwurf, der verschiedentlich gemacht wurde, daß die Generalkommission durch Aufwendung größerer Mittel für diese Organisation die Anstellung von andern Agitatoren und Sekretären vernachlässige, namentlich im Vergleich zu den von christlicher Seite gemachten Aufwendungen, begegnet Legien mit dem Einwand, daß wir darin mit den Christlichen nicht in Konkurrenz treten könnten. Wo diese ihr Geld für die Angestellten hernehmen, wissen wir nicht. (Große Heiterkeit.) Zu der in letzter Zeit vielbesprochenen Frage der Gewerkschaftsschule und den dazu vorliegenden Anträgen bemerkt Legien, daß er eine Verlängerung der Kurse abzulehnen bitte, ebenso die Vereinigung der Partei mit der Gewerkschaftsschule. Unter vielfacher Zustimmung wendet er sich weiter gegen das Verlangen, nur Parteigenossen als Lehrer an der Gewerkschaftsschule zuzulassen, und verliest eine schriftlich vorliegende Erklärung der Generalkommission, die sich mit der Ansicht der Vorstandskonferenz deckt. Danach soll bei der Anstellung von Lehrern entscheidend sein, ob der Lehrer sich seiner Aufgabe gewachsen zeigt, seine Vorträge einwandfrei sind und er das Vertrauen der Schüler hat. Von den Schülern seien bisher Beschwerden gegen die Lehrer nicht erhoben worden, weshalb zu einer Veränderung in der Besetzung der Lehrerstellen kein Anlaß vorliege.

Legiens Rede löste stürmischen Beifall aus. Herr Stegerwald, der „Oberste“ aus dem christlichen Lager, hörte mit seinem Ablatus der Rede Legiens mit großer Aufmerksamkeit zu, wohl im Innern denkend, wenn nur die „Schwarzen“ auch solche Erfolge wegen der Mitgliederzunahme aufweisen könnten. — Die Debatte über den Rechenschaftsbericht der Generalkommission war kurz. Allgemein wurde anerkannt, daß diese Instanz mit großer Ertüchtlichkeit gearbeitet hat.

Eigentlich war anzunehmen, daß sich über die Gewerkschaftsschule nach den Polemiken in der Parteipresse eine umfangreiche Debatte entspinnen würde. Einige Parteiblätter hätten gern ein „Standbüchlein“ in dieser Beziehung auf dem Kongress gelesen. Der Kongress hatte aber keine Veranlassung, gegenüber der Gewerkschaftsschule oder deren Lehrern ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Diese Schule wird verbessert, soweit es möglich ist, aber die Generalkommission hat keine Veranlassung, auf den Pfiff der „Leipziger Volkszeitung“ hin zu entlassen.

Am zweiten Verhandlungstage gelangte eine neue Materie zur Beratung, nämlich:

Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungsstelle.

Als Referent trat Genosse Bauer, Mitglied der Generalkommission, auf. Mit markigen Worten zeigte er, wie die privaten Lebens- und Unfallversicherungsgesellschaften ungeheure Dividenden verteilen, dabei in ihren Statuten Bestimmungen angenommen haben, die sehr häufig die Versicherten um ihre Rechte bringen. Es wird nicht leicht sein, diesen neuen Unterstützungsorganen in der Arbeiterschaft populär machen zu können. Die bürgerlichen, kapitalträchtigen Versicherungsinstitutionen werden alles aufbieten, um diesen neuen Sproß der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung nicht aufkommen zu lassen. — Aber das eine steht fest, daß sich diese Volksversicherung trotz alledem in Arbeiterkreisen durchsetzen wird. Die endgültige Paragrafierung des genannten Unterstützungsorganes wird erst später zwischen der Generalkommission und dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine vorgenommen.

Unter großer Aufmerksamkeit spricht Deichmann (Vorsitzender des Hagarbeiterverbandes) über das Thema: **Heimarbeiterlohn und Hausarbeitgesetz.** In wuchtiger Weise zeigt der gewandte Redner, welche enormen Schäden die miserable Entlohnung der Heimarbeiter auf die Familien ausübt. Deichmann hatte sehr recht, wenn er meint, starke Gewerkschaftsorganisationen sind notwendig, um die Ausbeutungsgelüste der Fabrikanten außer Kurs zu setzen.

Wirksam in der Debatte sprach Genosse Ziesch (Porzellanarbeiter) über die Schädlichkeit der Heimarbeit in der Porzellanmalerei. (Ziesch hat ja dieses Kapitel vortrefflich im Reichstag behandelt.)

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt hielt nun ein vorzügliches Referat über: **Arbeiterlohn und Arbeiterversicherung.** Mit einem historischen Rückblick ging er der Entwicklung des Kapitalismus zu Leibe. Die Elektrizität findet immer mehr Verwendung, und es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis man es verstanden haben wird, die Kraft der Meereswellen in den Dienst der Industrie zu stellen — immer ergeben sich neue Perspektiven über die Entwicklungsmöglichkeit unserer Industrie. Wer vor 15 Jahren das Buch des Amerikaners Belamy: Aus dem Jahr 2000 gelesen hat, wird zugeben müssen, daß das, was in jenem Buche gesagt wurde, heute teilweise schon verwirklicht ist. Die Phantasie hat sich also den Weg zur Wirklichkeit geebnet. — Die Landwirtschaft hat viele weibliche Arbeitskräfte nötig, eine gewerkschaftliche Organisation besteht für Landarbeiter erst seit kurzem, und so kommt es, daß die Arbeiterlöhne in der Landwirtschaft so schlecht sind.

Und nun zeichnete Schmidt in scharf pointierter Weise ein Bild über die verabschiedete Reichsversicherungsordnung, dabei die traurige Haltung der Zentrumsarbeiter abgeordneten scharf beleuchtend. Große Enttäuschung machte sich bemerkbar, als er die Entrechtung der Landarbeiter schilderte. In Deutschland herrsche ein Polizeigeist wie in keinem anderen Lande, aber der Massentritt der Arbeiterbataillone würde auch die herrschenden Klassen noch zur Besinnung bringen. (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall.)

Auf den Kongress sind von unserem Verbands delegiert: Müller, Striegau, Waldhardt, Strahburg, und Staudinger, Leipzig. — Kollege Paul Starke, der Altmeister deutscher Steinmehrer, konnte sein Mandat nicht ausüben, weil er bei der Tarifverhandlung im Mainlandsteingebiet anwesend sein mußte.

Wirtschaftliche Rundschau.

Staat und Versicherungswesen. — Der Anlauf Italiens zur Verstaatlichung der Lebensversicherung.

Die rapide Entwicklung und Ausdehnung des vielgestaltigen Versicherungswesens hat schon seit längerer Zeit mannigfaltige, ganz neuartige wirtschaftliche und politische Probleme erzeugt. Am markantesten heben sich die bekannten Umwälzungen auf dem Gebiete der Arbeiterversorgung hervor, wo ein Staat

nach dem andern bereits dazu übergegangen ist oder endlich dazu übergeht, gewisse Minimalleistungen bei Krankheit, Unfall und Invalidität in außergerichtlichem Wege sicherzustellen und in besonderen Versicherungsträgern zu organisieren, und wo im allgemeinen nur die darüber hinausgehenden Leistungen dem Freiwilligkeitsprinzip und dem ziemlich blinden Spiele der Konkurrenzwirtschaft und ihren vorwiegend privatkapitalistischen Unternehmungen überlassen geblieben sind. Aber bei der Feuer- und noch mancher andern Versicherung hat auch die Genossenschaftsform eine außerordentliche Anwendung und Verbreitung gefunden und die Zwangsgenossenschaft, also ein Mittelglied zwischen Staats- und Privatbetrieb, taucht dabei nicht selten im Hintergrunde auf. Schließlich ist der Gedanke der Ueberführung ganzer großer Versicherungszweige in staatsmonopolistische Verwaltung — ähnlich wie betreffs der großen Verkehrsanstalten, vor allem der Eisenbahnen — seit jeher weit verbreitet gewesen und in Deutschland schien er am Beginne der Bismarckschen staatssozialistischen Periode schon einmal der Wirklichkeit sehr nahe. Das Gesamtbild wechselt, je nach den einzelnen Ländern, kaleidoskopisch. Fast überall jedoch hat man das privatkapitalistische Uebergewicht mit seinen zahllosen Willkürlichkeiten und seinen oft schreienden Mißverhältnissen zwischen Profiten und Leistungen, zwischen Rechten und Pflichten auf der Seite der starken, gut organisierten Versicherungsunternehmen und auf der Gegenseite der desorganisierten, eines einheitlichen Willens entbehrenden Versicherten bitter empfinden müssen. Die staatliche Aufsicht, die Aufstellung von Normativbestimmungen, die der Vertrags- und Verfügungsfreiheit entgegen sind, hat sich deshalb zusehends erweitert.

Unter solchen Umständen kommt die Nachricht, Italien wolle in Zukunft die Lebensversicherung ausschließlich dem Staate vorbehalten, eigentlich gar nicht so überraschend. Denn zu allen sonstigen Gründungen treten bei Italien noch zwei besondere Anreize hinzu: Italien muß unbedingt neue Geldquellen für den Staat erschließen, und die Lebensversicherung ist in ungewöhnlichem Maße zu einer Domäne des ausländischen Kapitals geworden, auf das man weniger Rücksicht zu nehmen braucht.

Neuer Einnahmen bedarf man im Augenblick vor allen Dingen für die geplante Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter; dieser „Staatsvororgelasse“ sollen in der Zeit nach dem biolittischen Entwurf 90 Prozent der Gewinnergebnisse des erstrebten Staatsinstituts zufließen. Eine weitere finanzielle Berechnung richtet sich wohl auch darauf, daß die Anfallsummen des Staatsinstituts viel ausschließlich dem italienischen Staatskredit, der Anlage in italienischen Staatspapieren, sich zuwenden werden als die Fonds der inländischen oder gar der ausländischen Gesellschaften.

Die bisherige Verteilung der Geschäftstätigkeit zwischen heimischen und fremden Unternehmungen verrät eine merkwürdige Zurückgebliebenheit des italienischen Kapitals in dieser, an sich so gewinnversprechenden Sphäre. Nach den Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung“ arbeiten in Italien gegenwärtig 65 Lebensversicherungsunternehmen, von denen nicht weniger als 23 außerhalb Italiens domizilieren. Von insgesamt 267 000 Polizisten entfallen auf ausländische Gesellschaften 108 000. Von insgesamt 1 597,62 Millionen Lire versichertem Kapital entfällt erheblich mehr als die Hälfte, nämlich 930,13 Millionen Lire, auf außeritalienische Unternehmen. Von insgesamt 399,49 Millionen Lire mathematischer (versicherungstechnischer) Rücklagen entfallen 245,31 Millionen Lire auf nicht-italienische Unternehmen, von 62,2 Millionen Lire Gesamtpremie des italienischen Lebensversicherungsgeschäfts fließen 36,30 Millionen Lire in das Ausland. In der ersten Linie des ausländischen Wettbewerbs steht, auf alte politische und wirtschaftliche Verbindungen gestützt, Oesterreich-Ungarn. Aber auch deutsche Versicherungsgesellschaften haben sich in nicht unerheblichem Maße jenseits der Apenninen festgesetzt. Es sollen hauptsächlich zwei deutsche Gesellschaften sein, die in Italien ein größeres Lebensversicherungsgeschäft betreiben, nämlich die Preussische Lebensversicherungsgesellschaft in Berlin mit einem Bestande von etwa 20 Millionen Lire eingegangener Versicherungen und die Berlinische Lebensversicherungsgesellschaft mit einem Bestande von etwa 4 Millionen Lire; beide Gesellschaften sind nach dem „Berliner Tageblatt“ bereits seit 5 bis 6 Jahren in Italien tätig und haben bisher erhebliche Mittel für die Organisation ihres Geschäfts angewandt.

Der in lebhaftem Gang gebrachte Preßfeldzug des italienischen wie des ausländischen Kapitals wendet sich vor allem gegen die Verweigerung jeder Entschädigung an die bisherigen Nutznießer des Privatbetriebs, und es wird von nicht geringem sozialpolitischen Interesse sein, den Fortgang gerade dieses Streites zu verfolgen. Von einem bestimmten Termin ab

würden nach dem Gesetzentwurf die Privatunternehmungen keine neuen Versicherungen mehr annehmen können und sich lediglich auf die Abwicklung der alten Beziehungen beschränken müssen. Sie behalten — soweit aus den Zeitungsnachrichten Klarheit zu gewinnen ist — das Anrecht auf die vereinbarten Prämien, ebenso wie die Pflicht zu den zugesicherten Leistungen an ihre bisherigen Klienten; jeder Neuzugang, dieses Lebens-element der Versicherung, ist ihnen unterbunden.

Nach dieser Seite tritt natürlich eine gewisse Wirkung auch auf den Arbeitsmarkt und die Verwendung von Angestellten (vor allem von Agenten) ein; der privatkapitalistische Arbeitsapparat wird hier wesentlich eingeschränkt werden. Andererseits schafft der Gesetzentwurf keine Pflicht der Lebensversicherung; der Staat muß also gleichfalls anwerben und locken; braucht dazu gleichfalls einen eigenen Apparat und kann also lediglich diejenigen toten Kosten sparen, die daraus entspringen, daß eine Gesellschaft immer der andern zuvorzukommen sucht. Um allzu argen Uebergangsschwierigkeiten vorzubeugen, soll bei der Rekrutierung des Beamtenapparats der staatlichen Anstalt ein Teil der bisher bei den Privatgesellschaften angestellten Versicherungsbeamten berücksichtigt werden, und zwar zunächst diejenigen, die bereits drei Jahre im Dienste einer Gesellschaft sich befinden; diejenigen Agenten, die nur eine Provision beziehen, sollen hauptsächlich den Kreisen der staatlichen und kommunalen Beamten entnommen werden.

Das letztere und noch manches andre ist eine recht zweifelhafte und vielleicht eine recht unangenehme Zugabe. Denn Italien steht betreffs der Auswahl seiner staatlichen und kommunalen Funktionäre nicht gerade in bestem Aufse; Claqueurwirtschaft und Wahlrückfichten sollen hier eine noch größere Rolle spielen wie anderwärts. Doch eins der lehrreichsten wirtschaftlichen Experimente ist hiermit eingeleitet, und selbst wenn die erbitterte Gegenwehr des Privatkapitals diesmal noch von Erfolg begleitet sein sollte, so wird doch die ganze angeschnittene Frage: die Stellung des Staates zum Versicherungswesen, immer wieder auf der Tagesordnung erscheinen.

Berlin, 27. Juni. Max Schippel.

Der abgebrochene Steinarbeiterstreik in Reichenbach im Odenwald.

In der letzten Zeit fanden zwischen dem Zentralvorstand des Steinarbeiterverbandes und der hiesigen Zahlstelle Verhandlungen statt, die den Abbruch des Kampfes nach 22 wöchiger Dauer zur Folge hatten. Die Leitung der hiesigen Zahlstelle wurde bei dem Betriebsleiter, Herrn Römer, vorstellig, um einen einigermaßen annehmbaren Friedensschluß herbeizuführen. Doch Herr Römer verwies darauf, daß die Angelenheit in Händen des Herrn Arbogast-Ludwigshafen ruhe. Eine nach dort entsandte Deputation erreichte denn auch, daß am 10. Juni im Beisein dieses Herrn Verhandlungen gepflogen wurden, welche am 12. Juni ihren Fortgang nehmen sollten. Bei den Verhandlungen am Montag, den 12. Juni, legte man den Vertretern der Arbeiterschaft einen „Vertrag“ vor, der so ziemlich alles enthält, was ein Arbeiterfeind nur ausdenken kann. Wir lassen am Schluß des Wortlaut des Vertrags folgen, um auch der breiten Öffentlichkeit zu zeigen, wo die Firma mit ihrer Aussperrung der Arbeiter hinaus wollte und heute noch hin will. Bemerkenswert ist, daß am Freitag, als die Deputation bei Herrn Arbogast vorstellig wurde, dieser Herr erklärte, mit dem Verband nicht verhandeln zu wollen, sondern nur mit den beteiligten Arbeitern. Also nicht Anerkennung der Organisation! Am Montag verlangte man jedoch von seiten der Firma, daß der Zentralvorstand diesen „Vertrag“ ebenfalls unterzeichnen müsse, wenn nicht die ganze Sache in Frage gestellt werden sollte. Man sieht hieran, wie wandelbar diese Leute mit ihren Anschauungen sind, wenn es gilt, Vorteile für sich herauszuschlagen. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, daß sie diesen Vertrag zunächst einmal den beteiligten Arbeitern in einer Versammlung vorlegen wollten, um diesen Gelegenheit zu geben, Stellung zu diesem „Mustervertrag“ nehmen zu können. In der darauf folgenden Versammlung wurden die Paragraphen verlesen und darüber abgestimmt. Das Resultat war voraussehbar. Einstimmig abgelehnt wurden die §§ 1 Absatz 2, 3, 4 und 5. Die Arbeiter haben damit bewiesen, daß sie nicht gefunden sind, unter derartigen Verhältnissen der Firma weiterhin ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Die Mehrzahl der Ausgesperrten ist anderwärts in Arbeit, so daß nur noch ein kleiner Rest vorhanden ist, welche bei der jetzt beginnenden Erntezeit jedenfalls auch Arbeit finden können. Der Kampf ist wohl offiziell abgebrochen, aber ob es der Firma gelingt, so derartigen Bedingungen Arbeiter zu erhalten, ist fraglich. Speziell die Steinmehzen, an denen bei der Firma fühlbarer Mangel herrscht, sehen den Dingen mit größter Seelenruhe entgegen, mag kommen, was will. Herr Römer sowie sein Kollege Schweinfurt glaubten schon, Grund

zu haben, sich ins Fünftische lachen zu können. Und nun diese Enttäuschung. Das böse Gewissen muß aber Herrn Römer bereits am Montag geplagt haben, denn nur ungern entließ er sich, den „Vertrag“ aus den Händen zu geben. Nur auf Zureden der Arbeitervertreter erklärte er sich hierzu bereit, aber unter der Bedingung, daß derselbe nicht veröffentlicht werden dürfe, bis alles erledigt sei. Wirklich ein natives Gemüt, dieser Herr. Die Bestimmungen sind auch danach, daß sie das öffentliche Urteil zu scheuen haben. Nachstehend sei derselbe in seinem Wortlaut wiedergegeben:

Zwischen der Firma Deutsche Steinindustrie A.-G. zu Reichenbach im Odenwald und dem Verband der Steinarbeiter, Sitz Leipzig, nebst seiner hiesigen Zahlstelle, vertreten durch ... (folgen Namen), wurde heute, nachdem der seit 1. Januar 1911 bestehende Streik bezw. Aussperrung ergebnislos verlaufen ist, folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1. Der unterm 19. März 1909 abgeschlossene Lohnvertrag für Steinmehzen sowie der von uns am 3. Dezember 1909 vorgelegte Lohnvertrag für Schleifer, ferner die laut Vereinbarung am 1. Dezember 1910 für die Formen des Grabenkatalogs Ausgabe 1910 in einem Nachtrag zum Lohnvertrag vom 19. März 1909 festgelegten Lohnsätze sowie die im Lohnvertrag vom 19. März 1909 enthaltenen Bestimmungen werden von beiden Seiten angenommen und eine Tarifdauer bis 31. Dezember 1914, kündbar am 15. November 1914, vereinbart.

§ 1 a. Während dieser Zeit dürfen Streiks oder Massenkündigungen, die eine beabsichtigte Beeinträchtigung des ordnungsmäßigen Geschäftsbetriebes vermuten lassen, nicht stattfinden. Im übrigen ist sowohl der Firma Deutsche Steinindustrie, als auch dem Arbeiter unbenommen, ohne Angabe des Grundes das Arbeitsverhältnis zu lösen, wobei der Einwand beabsichtigter Masseregeln von seiten des Steinarbeiterverbandes oder der Arbeiter nicht erhoben werden darf.

§ 2. Der Verband der Steinarbeiter, Sitz Leipzig, und dessen Zahlstelle verpflichtet sich, für die von dem Lohnvertrag nicht erfaßten Arbeiter, die aber seinem Verband angehören, während der Tarifdauer weder Lohnforderungen zu erheben, noch zu vertreten sowie Streik oder Massenkündigungen dieser Leute, die eine beabsichtigte Beeinträchtigung des ordnungsmäßigen Geschäftsbetriebes vermuten lassen, zu dulden.

§ 3. Von den am 31. Dezember 1910 bei der Firma Deutsche Steinindustrie wegen Streiks bezw. Aussperrung ausgeschiedenen Steinarbeitern werden die am 31. Dezember 1910 in den Werkstätten beschäftigt gewesenen Steinmehzen wieder eingestellt, inwieweit, als Bedarf nach dem Ermessen der Deutschen Steinindustrie vorhanden ist. Die verheirateten Leute sollen möglichst zuerst wieder eingestellt werden, ohne daß die Deutsche Steinindustrie hierfür eine Verpflichtung übernimmt. Die Steinmehzen können keinen Anspruch darauf erheben, an die früheren Plätze gestellt zu werden, vielmehr werden denselben die Betriebsstellen und Plätze, wo sie beschäftigt werden sollen, jeweils von dem Betriebsleiter bestimmt.

§ 4. Die auf Grund dieses Vertrages eintretenden Steinmehzen sind bis auf weiteres kündigungsgelos eingestellt. Die in der Arbeitsordnung vom 1. April 1901 vorgeordnete 14 tägige Kündigungsfrist fällt daher weg. Die Firma Deutsche Steinindustrie kann nach ihrem Ermessen jederzeit wieder die frühere 14 tägige Kündigungsfrist einführen, ohne daß es der Zustimmung des andern Tarifkontrahenten bedarf.

§ 5. Die nunmehr wieder bei der Firma Deutsche Steinindustrie eintretenden Steinmehzen sind noch besonders verpflichtet, auch gegenüber den in Arbeit gebliebenen Leuten ein durchaus korrektes Verhalten zu beobachten, da im gegenteiligen Falle nach dem Ermessen des Betriebsleiters sofortige Entlassung erfolgen wird.

§ 6. Bei Liquidation oder Uebergang des Geschäfts Deutsche Steinindustrie in andere Hände kann der Vertrag von seiten der Deutschen Steinindustrie A.-G. ohne weiteres aufgehoben werden, falls der Geschäftsnachfolger mit dem Vertrag nicht einverstanden sein sollte.

Man kann hieran erkennen, welches Attentat auf die organisierten Arbeiter gerichtet war. Die scheinbar unterlegenen Arbeiter haben aber immer noch so viel Charakter befallen, um sich nicht in ein solch laubdunkles Loch zwingen zu lassen. Den Vertrag an sich zu kommentieren, ist wohl überflüssig, es würde diesem Monstrum zu viel Ehre antun heißen. Mittlerweile ist aber der Vertrag von der Firma Deutsche Steinindustrie wieder zurückgezogen worden. Für diesen Rückzug wurde jedoch ein anderes Uebel vorgeschoben. Da die Deutsche Steinindustrie schon ziemlich alles versucht hat, um die Arbeiter gänzlich am zureiben, will sie nunmehr auch die Organisation nicht mehr anerkennen. Mögen sich die Herren auch hier einweisen die Zähne locker heißen.

Traurige Betrachtung.

Endlich ließ ihn doch die Kraft!
Aus sein Ringen, aus sein Schaffen!
Nur zuweilen, fieberhaft,
Konnt' er noch empor sich raffen.
Freiligrath.

Die Berufskrankheit unter den Steinarbeitern wütet weiter. Wer aus geschäftlichen Gründen Gelegenheit hat, größere Steinbruchbezirke durchzuwandern zu können, wird diese unsre Behauptung begründet finden. Als ich kürzlich in Schlessien eine Agitationstour zu absolvieren hatte, konnte ich dementsprechend Studien machen. Es soll nun ohne Umfänge mit der Schilderung der gewonnenen Eindrücke begonnen werden.

In der Zahlstelle A. hatte ich Versammlung abzuhalten. Der Vorsitzende V. muß sich besonders anstrengen, er leidet an Atemnot, um in der Versammlung die nötigen Formalitäten erfüllen zu können. Seit etwa 10 Jahren schon leidet er an der Berufskrankheit, und mit Mühe und Not ist es ihm nur möglich, seinem Berufe nachzugehen zu können. In der Versammlung bemerkte ich noch acht Kollegen, die von der Berufskrankheit schon ziemlich angegriffen sind. — In der Nachbarzahlstelle E. wundenberg-Plagwitz sind in den letzten Jahren 12 Kollegen der Lungenschwindsucht erlegen und einige Steinmehzen sind gegenwärtig krank gemeldet.

Von besonderer Gesundheitschädlichkeit ist die Bearbeitung des Sandsteins, welcher in Alt-Warthau gewonnen wird. Hunderte von Steinmehzen, Brechern und Tagarbeitern haben dort in den letzten 30 Jahren ihr Leben lassen müssen, sie wurden von der Berufskrankheit schonungslos weggerafft. Auf dem Werkplatz N. schaffen 25 Kollegen, 6 davon litt leidend. Die Kantine wird von dem Kollegen W. Schneider geführt, der nebenbei auch noch in seinem todkranken Zustand als Steinmehze schafft. Kollege Schneider hat auf seiner Haubant eine gotische Söhnbank liegen, die Hohlkehlen sind stark unterstochen und der Stein selbst weist starke Eisenadern auf, so daß seine Bearbeitung sicherlich nicht leicht war. Unfer ehemaliger Vertrauensmann Schneider muß über eine ungeheure Energie verfügen, wenn er in der Lage war, so ein Werkstück im schwerleidenden Zustande herstellen zu können. Auf demselben Werkplatz klagte mir der Kollege Z. sein Leiden; es fehlt ihm an Luft, wie der Steinmehze zu jagen pflegt. Auch seine Stimme will nicht mehr recht funktionieren, aber, fügt er hinzu, das wäre nicht so gefährlich! — Ein anderer mir persönlich bekannter Kollege, der auch sehr leidend aussieht, wird meinerseits nicht mit Fragen bestürmt; seine fahle Gesichtsfarbe gibt mir genügend Auskunft. — Einige Augenblicke halten die Kollegen mit der Ar-

beit inne. Es sind zwei Fremde zugezogen, bekannte Gesichter, wie man aus der Begrüßung vernehmen kann. Der Alte sagt mir kurz und bündig, es seien Vater und Sohn. — Nicht interessiert zunächst der Gesundheitszustand der beiden Zugereisten. Der Vater steht ohne weiteres sehr angegriffen aus; aber auch der Sohn ist schon längere Zeit in ärztlicher Behandlung gewesen und er hätte gute Lust, eine Lungenheilstätte aufzusuchen, ja wenn er nur Arbeit und einen lokalen Arzt hätte! — Ich gehe in den Steinbruch, um die Lage des Felsens zu studieren. Eine bekannte Stimme ruft meinen Namen und bei der Begrüßung komme ich aus dem Erstaunen nicht heraus. Mein Freund W., den ich seit 2 Jahren nicht mehr gesehen habe, hat in 10 Wochen netto 39 Pfund an seinem Körpergewicht verloren. Er sprach um Arbeit zu. Dabei fällt es ihm sehr schwer, sich auf den Beinen zu halten. Aber er ist guten Mutes.

Im Steinbruche klagte mir zwei Brecher ihr Leid. Nur mühsam sind sie in der Lage, am Felsen die schwere Arbeit zu leisten. Das Binden sowie das Pantieren mit dem Brecheisen fällt ihnen ungemein schwer. Aber es kann nicht ausgeführt werden, denn die beiden sind verheiratet und bei dem einen haben sich eine Reihe von familiären Unglücksfällen eingestellt, so daß auf jeden Pfennig Verdienst in der Familie schon gelauert wird. Beiden Brechern täte momentan eine Kur sehr not, ihre Gesundheit könnte dann sicherlich noch hergestellt werden, aber wenn sie wirklich ausspannen wollten, dann wäre es immerhin noch sehr fraglich, ob sie die Landesversicherungsanstalt eine Kur in der Heilanstalt durchmachen läßt.

Als ich in der Zahlstelle M. (Heuschnergebirge) den Werkplatz in der Nähe des Bahnhofes besuche, fallen mir sofort einige Steinmehzen auf, welche schon in vorgeschrittener Weise an der Berufskrankheit leiden. Ich frage den ersten nach seinem Alter: 28 Jahre gibt er mir zur Antwort. — Der kranke Freund quält sich ab, an einem Hauptgestirn einen anscheinlichen Poffen wegzujagen. Seit 4 Jahren schon schafft er im Berufskranken Zustande, er opfert sich völlig auf, um seine Familie ernähren zu können. Dabei muß man unwillkürlich daran denken, in welch jungen Jahren so oft die Herren Staatsbeamten pensioniert werden. Wenn ein Steinmehze beinahe bis zum letzten Atemzuge in seinem berufsranken Zustande schafft, so muß das fürwahr heroisch genannt werden. Auf solche Vorkommnisse mühten die Herren Geistlichen in ihren Predigten hinweisen; das würde sicherlich sehr erbauend auf die Gläubigen wirken. — Auf demselben Werkplatz rede ich mit einem ledigen Kollegen, welcher sich ebenfalls bei der Arbeit ganz jämmerlich abquält. Seine Rettung sei das Krankenhaus (!), sagt er mir mit seiner heiseren Stimme. Schon seit einigen Monaten verfolgt ihn ein Halsübel, aber es sei nicht gefährlich, meint er sehr treuherzig. Als ich weiter in ihn dringe, erfahre ich,

daß er schon schlaflose Nächte verbracht hat. Auch der Nachtschweier hätte sich schon öfters eingestellt. Aber im Krankenhaus würde es schon wieder besser werden. Man muß seinen Glauben bewundern.

Nun trete ich an den dritten Kollegen heran, es war ein Reisekollege von mir, aber wie hat diesem die Steinmehkrankheit zugefegt. Er meinte, wenn das Schlappe nicht wäre, dann wäre er überhaupt gesund! Ich frage nun, wo der Vertrauensmann schafft, um über den Stand der Zahlstelle einiges in Erfahrung bringen zu können. Es wird mir der Bescheid, daß dieser schon seit einigen Wochen völlig arbeitsunfähig sei und in den letzten Tagen hätten sich sogar Blutspürse eingestellt. Zwei Tage nach meiner Abreise aus M. erfahre ich, daß der Vertrauensmann N. a. v. verstorben sei. Er war ein tüchtiger Sachwalter der Zahlstelle und alle, die ihn kannten, werden ihn ein ehrendes Andenken bewahren.

Auf der Heimreise hatte ich die Absicht, in Bunzlau die Fahrt zu unterbrechen, um den frankten Kollegen Gustav Bieml aufzusuchen. Er war vor 14 Jahren, als ich vom Granit auf Sandstein überging, mein Lehrmeister. Ich konnte den Besuch aus geschäftlichen Gründen zu meinem Leidwesen nicht ausführen, und als ich nach Hause kam, lag bereits die Mitteilung vor, daß Gustav Bieml nach hartem Tobekampf verstorben sei. Und so steigt ein Kollege um den andern dort ins Grab. Auch den Kollegen Max C. u. L. wollte ich sehr gern besuchen; ich hielt mich aus moralischen und menschlichen Gründen dazu verpflichtet. Aber da ich in Demitz zu tun habe, ist es mir unmöglich, meinem Freund und Reichstagswahlkampfstrategen von 1903 und 1907 die Hand drücken zu können. Kollege C. u. L. ist schon seit 2 Jahren völlig arbeitsunfähig; die paar Mark Invalidenrente müssen den altbewährten Organisator des schlesischen Sandsteingebietes über Wasser halten.

Es muß noch darauf verwiesen werden, welch drückende Stimmung in den Familien der berufskranken Kollegen herrscht, denn es vergeht kein Monat, wo nicht einer der unsrigen draußen auf dem Friedhof dem Mühlen Schöße der Erde übergeben wird. — Am Grabeshügel stehen Duzende von Verbandsmitgliedern; sie haben dem toten Freund die letzte Ehre erwiesen, und manchem rollen die Tränen aus den Augen, weil er weiß, es dauert nicht mehr lange, so verfällt du demselben Schicksal.

Die Firmen aber brauchen deshalb keine Sorge zu haben über Mangel an Steinmehzen. Vom Süden her kommen alljährlich fernige junge Gebalten; sie werden mit Vorliebe eingestellt, ihre Arbeits- und Lebenskraft kann man ja gut gebrauchen. — Aber innerhalb 5—7 Jahren sind aus diesen frassstrogenden Menschen wandelnde Leichen geworden, und gar bald gibt die Rubrik: Todesanzeigen im „Steinarbeiter“ Auskunft, daß sie aus unsrer Mitte für immer geschieden sind. a. st.

Die Differenzen im Steinmetzgewerbe in München beigelegt.

Die Differenzen im Münchner Steinmetzgewerbe beschäftigten am 20. Juni das Einigungsamt des Gewerbegerichts als Schiedsgericht. Der Vorsitzende, Gewerbegerichtsdirektor Dr. Preuner, konstatierte, daß die Arbeit niedergelegt wurde und daß dieses Vorgehen mit dem Tarifvertrag vereinbar sei. Bei Abschluß des Steinmetztarifs mit dem Arbeitgeber für das Baugewerbe am 14. April 1910, also vor Abschluß des Tarifvertrages mit dem Baugewerbe, wurde die Frage einer Arbeitszeitverkürzung offen gelassen. Bei der reaktionellen Festlegung der einzelnen Bestimmungen erklärte Sekretär Bergmüller (Arbeitgeberverband) damals zu Protokoll, er für seine Person wolle eine eventuelle spätere Arbeitszeitverkürzung der Auslegung überlassen, sollte eine Arbeitszeitverkürzung eintreten, so werde nach der bisherigen Praxis die verkürzte Arbeitszeit immer auf den Lohn umgerechnet. Nun trat im Baugewerbe am 1. April d. J. die 9/10stündige Arbeitszeit in Kraft. Die Organisation wandte sich auf Grund des Art. 8 des Vertrags an das Gewerbegericht als Tarifamt. In der Sitzung vom 30. Mai war die Frage zu entscheiden, ob auch für die auf Bauten beschäftigten Steinmetze eine Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Umrechnung der Löhne kommen solle. Dr. Preuner konstatierte aus dem Protokoll, daß sich damals die Parteien dahin einig waren, daß es sich nicht um eine Auslegung, sondern um eine Ergänzung des Tarifs handle, wodurch dem Tarifamt der Boden entzogen war und das Einigungsamt als Schiedsgericht in Funktion trat.

Der damals erlassene Schiedsspruch lautet: Die Forderung der Arbeiter, die Arbeitszeit auf Bauten um täglich eine halbe Stunde zu verkürzen und die verkürzte halbe Stunde auf den Lohn umzurechnen, ist berechtigt. — Während die Organisation der Steinmetze sich schon vorher dem Schiedsspruch unterworfen, erklärten die Arbeitgeber, daß sie sich die Abgabe ihrer Erklärung vorbehalten. — Darauf ließ beim Gewerbegericht eine schriftliche Erklärung des Arbeitgeberverbandes ein des Inhalts, daß er der Konsequenzen halber den Schiedsspruch nicht annehmen könne. Der Arbeitgeberverband betonte in diesem Schreiben, daß er seinen Mitgliedern nahelegen werde, den bei ihnen beschäftigten Arbeitern auf Verlangen mehr zu bezahlen. Die Arbeiter hätten sich danach also einzeln mit ihren Arbeitgebern einigen müssen.

Gerichtsdirektor Dr. Preuner meint, daß in formeller Beziehung die Arbeitsniederlegung bedenklich war. Wenn ein Tarif gilt, müssen dessen Bestimmungen eingehalten werden. Da die Tarifinhalten nicht eingehalten wurden, wäre es besser gewesen, den Streik nicht zu erklären. Er habe diese seine Ansicht schon vormittags in einer privaten Besprechung dem Gehilfenorganisationsleiter gegenüber zum Ausdruck gebracht und ihm empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Frage der Umrechnung durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Die Gehilfenschaft habe diesen Rat befolgt und beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Sekretär Bergmüller legte dem Schiedsgericht auch die Frage zur Entscheidung vor, ob sich die Organisation der Steinmetze dadurch eines Vertragsbruchs schuldig gemacht habe, daß sie unter Umgehung der im Tarifvertrag vorgesehenen Schlichtungsinstanzen durch die Arbeitsniederlegung einseitig vom Tarifvertrag zurücktrat.

Mittermaier bestritt, daß seine Organisation sich einen Tarifbruch habe zuschulden kommen lassen. Er schilderte den Verlauf der Differenzen, betonte, daß er zweimal beim Arbeitgeberverband die Ergänzung des Tarifs beantragt habe und daß er auf keines der Schreiben eine Antwort erhielt. Seine Organisation habe sich daher an das Gewerbegericht gewendet, wo dann der schon oben erwähnte Schiedsspruch gefällt wurde. Da nach Art. 8 des Tarifvertrages die Entscheidung eine endgültige ist, hätten sich die Arbeitgeber der Entscheidung unterwerfen müssen. Er habe sich dann dreimal an den Arbeitgeberverband gewendet, Bergmüller habe ihm den Rat gegeben, zu versuchen, mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten, versprechen könne er nichts. Noch einige Tage vor der Arbeitsniederlegung habe er zweimal den Arbeitgeberverband antelephoniert und sei immer ohne Entschluß geblieben. Bei einigermaßen gutem Willen hätte der Arbeitgeberverband die Komplikationen vermeiden können.

Gerichtsdirektor Dr. Preuner rebete einem Vergleich das Wort und legte dem Arbeitgeberverband nahe, auf einer Entscheidung über die von ihm vorgelegte Frage nicht zu bestehen, denn Herrn Mittermaier müsse ohne Zweifel der gute Glaube in seinem Vorgehen zugestanden werden. Der Vorsitzende legte ferner Mittermaier nahe, eine entsprechende Erklärung abzugeben und für die Wiederaufnahme der Arbeit Sorge zu tragen.

Nach der beiderseitigen Beratung der Parteien mit ihren Vertrauensmännern gab Mittermaier die Erklärung ab, daß er nach Maßgabe der bisherigen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht mit dem Arbeitgeberverband der Auffassung war, daß die Entscheidung des Einigungsamtes eine tarifliche gewesen sei und daher die Arbeiter berechtigt waren, die Arbeit ohne weiteres einzustellen. Auf Grund der nachträglich erfolgten Aufklärungen sehe er nicht an, zu erklären, daß die Arbeitsniederlegung nicht berechtigt war, daß es vielmehr geboten gewesen wäre, die Sache den tariflichen Instanzen zu unterbreiten.

Der Arbeitgeberverband akzeptierte diese Erklärung und zog seinen Antrag auf Erlassung eines Schiedsspruchs, daß die Organisation der Steinmetze durch die Arbeitsniederlegung sich eines Tarifbruchs schuldig gemacht habe, zurück. Auf Zureden des Gewerbegerichtsdirektors Dr. Preuner erklärten sich schließlich die Arbeitgeber bereit, eine Ergänzung des Tarifvertrages vorzunehmen und die Umrechnung auch den Schleifern und Polierern zugute kommen zu lassen. Doch bestanden sie aus tatsächlichen Gründen auf Erlassung eines Schiedsspruchs. Das Schiedsgericht erließ hierauf einstimmig folgenden

Schiedsspruch:

In Ergänzung des Tarifvertrages vom 14. April 1910 werden die Löhne der Steinmetze und Schleifer, sowie der auf den Bauten beschäftigten Steinmetze ab 23. Juni um 3 Pfg. pro Stunde erhöht.

Die beiden Parteien hatten schon vorher erklärt, daß sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. In einer im Müllerbad abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, die Arbeit am 22. Juni wieder aufzunehmen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit dem 31. Juni d. J. sind die persönlichen Lohnstatistikkarten der Mitglieder abgelaufen. Die Ablieferung der Karte ist jedem Mitgliede durch Stempel im Mitgliedsbuch oder Zettelkarte zu beständigen. Die Ortsverwaltungen und die Auswärtiger der Kreisunterstützung verweisen wir auf die Beschlüsse der Generalversammlung und ersuchen um strikte Durchführung derselben. Wer seine Statistikkarte nicht abgeliefert, hat keinen Anspruch auf irgendwelche Unterstützungen unseres Verbands! Die neuen Statistikkarten für 1. Juli 1911 bis 31. Juni 1912, nebst dem Zusammenstellungsbogen für die ablaufenden Karten, werden im Laufe der Woche den Ortsverwaltungen übermittleit.

Neben dieser regelmäßigen Lohnstatistik soll am 1. Juli resp. am 2. Juli eine allgemeine Erhebung stattfinden, die sich auf das Ergebnis von Betriebsfragebogen aufbauen soll. Auch dieses Material wird im Laufe der Woche den Ortsverwaltungen über-

mittelt. Alles weitere enthält die der Sendung beiliegende gedruckte Anweisung; der darauf vermerkte Einlieferungsstermin ist pünktlich einzuhalten. Wo die Betriebsfragebogen nicht ausreichen, möge sofort unter Angabe der noch benötigten Fragebogen reklamiert werden.

Von einer Zahlstelle, deren Bewegung vom Zentralvorstand aus berechtigten Gründen beendet wurde, ist nunmehr zwecks Weiterunterstützung an die Ortsverwaltungen des Verbands herangetreten worden. Aus tatsächlichen Rücksichten nennen wir den Namen der in Frage kommenden Zahlstelle nicht, aber dringend, von jeder Unterstützung abzusehen. Solche Sammlungen können auf Grund der Verbandsbeschlüsse nur durch den Zentralvorstand eingeleitet werden; der in diesem Falle es ablehnt! Denn jede Aussicht auf Erfolg ist ausgeschlossen!

Der Steinmetz Gustav Dittrich in Hohenau (Schleifen) wird laut § 3, Absatz 5 des Statuts aus dem Verbands ausgeschlossen.

Wegen Streikbruchs wurden in Kirchberg (Saachsen) aus dem Verbands ausgeschlossen: Ernst Werner, Paul Windisch, Max Vogt, Paul Vogt und Ernst Frisch.

Korrespondenzen.

Deucha. In der am 18. Juni in der Reichskrone abgehaltenen Versammlung wurde über unsere abgeschlossene Lohnbewegung debattiert. Einleitend gab Kollege Steininger einen großzügigen Rückblick über die Entwicklung der Zahlstelle und die durchgeführten Lohnbewegungen. In der Debatte wurden die verschiedenen Vorkommnisse kritisiert und der Meinung Ausdruck gegeben, daß in Zukunft mit einer derartigen Zahlstelle Lohnbewegungen nicht geführt werden, denn unsere Situation wäre bedeutend besser und der Abschluß günstiger gewesen, wenn ein geschlossenes Vorgehen zu erzielen gewesen wäre. Daß sich die Unternehmer die Rauheit und Uneinigkeit zunutze machten, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Wären unsere Kollegen so zielbewußt vorgegangen, wie die Unternehmer, dann wäre das Endergebnis der Bewegung ein ganz anderes gewesen. Kurz, unsere Unternehmer scheinen sehr gute Studien während des fünfjährigen Waffenstillstandes gemacht zu haben; unsere Kollegen jedoch sind interesselos dahingewandelt. Allgemeine Erregung riefen die Ausführungen eines Kollegen hervor (derselbe ist Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes). Dieser Kollege glaubte sich dazu berufen zu fühlen, Herrn Günther ein Loblied zu singen. Nur schade, daß Herr Günther nicht selbst anwesend war und so die Beweishandlung entgegen nehmen konnte. Wir stehen weit davon entfernt, persönlich gegen Herrn Günther etwas zu haben, aber gesagt muß werden, daß, wenn Günther seine Leute als majorenen erklärt, er diese auch dementsprechend behandeln muß. Die Gelegenheit war geboten, auf gutlichem Wege etwas zustande zu bringen, jedoch einzig und allein an dem Starrsinn des Herrn Günther ist es gescheitert, etwas ohne Kampf zustande zu bringen. Die Vohhuberei dieses Kollegen widerlegt ja Herr Günther selbst, indem er diejenigen Steinmetzen, welche am Streik beteiligt waren, teilweise heute noch mit untergeordneter Arbeit beglückt. Unterlassen wollen wir nicht, hier ebenfalls noch einen Ausspruch des oben schon erwähnten Mitgliedes des Fabrikarbeiterverbandes zu registrieren. Dieser Kollege verteilte sich sogar zu der Ausrufung: „Der Steinmetzverband will nur Günther eins auswischen auf Kosten der Allgemeinheit!“ Gut gebrüllt, Löwe! Herrn Günther möchten wir empfehlen, falls wieder eine Stelle als Bruchmeister frei ist, doch diesen Kollegen zu berücksichtigen, die Fähigkeiten besitzt er dazu. Wenn sich der betreffende Kollege der Frage weicht, seiner Worte bewußt gewesen wäre, dann hätte er jedenfalls diese schwer beleidigenden Worte der Leitung des Steinmetzverbandes gegenüber nicht gebraucht. Hoffentlich nimmt er Gelegenheit, diese halblöcherliche Beschuldigung „genau“ öffentlich, wie er sie getan hat, zurückzunehmen. Andernfalls müßten weitere Schritte unternommen werden. — Wegen Streikbruchs wurden die Steinmetzen Erich Vitotti und Karl Mergner einstimmig aus dem Verbands ausgeschlossen. Ein Antrag, für den schon seit 25 Wochen krankten Kollegen Sch. beim Zentralvorstand einen Antrag auf Kostantandunterstützung zu stellen, fand einstimmige Annahme. Nach einem zum Zusammenhalt ermahnenden Schlusswort fand die interessante Versammlung ihr Ende.

Auch bei der Firma Daul u. Tollert kommt es wegen der Tarifauslegung sehr häufig zu Differenzen. Es ist einfach ein Standal, daß man sich nicht besser an den Tarif hält. Der Polier Schreiner täte sehr gut, sich die einzelnen Bestimmungen etwas näher anzusehen. Wir behalten uns vor, auf verschiedene Mißstände auf dem Daul-Tollert'schen Wertplatz zurückzukommen. — Unser Sommerfest war sehr stark besucht. Es machte einen guten Eindruck, daß auch von der Zahlstelle Leipzig einige Funktionäre erschienen waren. Kollege Gustav Hermann vertrat die Zahlstelle, während die Kollegen Kampfab und Mäkel den Zentralausschuß repräsentierten.

Grünfeld. Am 15. Juni fand unsere Monatsversammlung statt. Zum 1. Punkt erstattete der Vorsitzende Mauder Bericht von der Bezirksversammlung, welche in Sandersader stattfand. Weiter wurde dann über die Kollegen, welche bei dem Hochwasser am 29. Mai geschädigt wurden, verhandelt. Es stellte sich heraus, daß der Schaden weit größer ist, als anfangs angenommen wurde. Im ganzen sind 34 Kollegen teils schwer, teils weniger in Mitleidenschaft gezogen. Etliche Kollegen haben sich kleine Wohnhäuser erworben, und wurden dieselben vom Wasser so hart getroffen, daß schon einige nachträglich niedergefallen werden mußten. Bei andern Kollegen standen die Wohnungen total unter Wasser und es wurden Betten und Kleidungsstücke ein Raub des Elements. Um der größten Not zu steuern und ein wenig zu helfen, erhielten die am ärgsten Betroffenen leihweise das verfügbare Lokalfassenvermögen, bis weitere Hilfe, welche sehr not tut, eintrifft. Sodann wurden noch einige Ortsangelegenheiten erledigt.

Hannover. Recht unerträgliche Zustände bestehen bei der Firma Aug. Wegener, Marmorwerk. Der im vorigen Jahre abgeschlossene Lohnvertrag ist Herrn Wegener ein Dorn im Auge. Zusammenprechen der Kollegen ist im Betrieb ebenfalls verboten. Nun hat jeder sein „Benium“ zu machen. Wenn dieses nicht gelingt, dem geht es eklig. Dieses ist aber nur bei schlechtem Geschäftsgang. Geht das Geschäft besser, so können die Herren auch eine andre Miene machen. Man singt erst an, jugendliche Arbeiter einzustellen und die älteren zu entlassen. Dann wurden Vorarbeiter eingestellt in Hülle und Fülle. Aber auch dieses erwies sich nicht für praktisch. Nun versuchte man die organisierten Kollegen zu entlassen und unorganisierte einzustellen. Als nun infolge der Sperre die Kollegen wieder die Arbeit aufnahmen, da wurde von der Geschäftsleitung versprochen, so etwas solle nicht wieder vorkommen. Dieses wurde aber nur gehalten, solange das Geschäft gut ging. Jetzt herrscht wieder die alte Leier. Dieser Tage wollte der Geschäftsinhaber so recht seine Geringschätzung der Arbeitern gegenüber zeigen. Als der Vertrauensmann sich bei einer der wenigen Streitereien auf seine Funktion berief, da schrie Herr Wegener mit Verachtung: „Sie sind gar nichts, ein gewöhnlicher Arbeiter, ein Tagelöhner sind Sie.“ Dabei hat Herrn Wegener sein Vater noch vor Jahren seine Arbeitserzeugnisse auf einem Handwagen zur Kundenschaft gefahren, war also auch nicht mehr als „Arbeiter“. Jetzt kann der Herr natürlich nicht genug über die Begehrlichkeit der Arbeiter schimpfen. Die Kollegen sind sich darüber einig, daß diese Behandlungsweise einen andern Ursprung hat. Der jetzige Werkmeister Edmann war sonst, als sein Vorgänger noch am Ruder war, die Freundlichkeit selbst. Dieses änderte sich mit einemmal, als er diesen „verantwortlichen“ Posten übernahm. Da

von der Zeit auch Herr Wegener sein Wesen änderte, so führen die Kollegen alles auf Herrn Edmann zurück. Der gute Mann ist, was man so sagt, ein „Besserwisser“. Aber raten möchten wir Herrn Wegener sowie wie Herrn Edmann, nicht mit dem Feuer zu spielen.

Gemsbach. Am Sonntag, den 18. Juni, fand im Lokal Bahnhof eine italienische Bezirksversammlung statt. Trozdem der Wettergott den Regen in Strömen niederfallen ließ, scheuten sich unsere italienischen Kollegen nicht, von nah und fern herbeizueilen. Als Referent war Genosse Vittorio Butti erschienen. Derselbe vertrat es, in seinem 1 1/2 stündigen Referat die Aufmerksamkeit seiner Landsleute zu fesseln. Eingehend behandelte er den Wert der Organisation der Steinmetze. Auch auf die Zoll- und Steuerpolitik im italienischen Königreich kam er zu sprechen. Gründliche Abrechnung hielt er mit dem Merkantilismus, der in Italien noch das Szepter schwingt. Lebhafter Beifall wurde seinen Ausführungen zuteil. Verschiedene Bezirksangelegenheiten wurden noch besprochen; hier fungierte Genosse Butti als Dolmetscher. Kollege Weidenhammer erinnerte die italienischen Kollegen an den Wert der Statistik, denn davon sind unsere ganzen Unterstützungsanstaltungen abhängig. Mit einem Hoch auf die internationale Gewerkschaftsbewegung schloß er die imposant verlaufene Versammlung.

Zu Lohn Differenzen kam es am 23. Juni bei der Firma Müth, Nieder-Weibersbach. Die Kollegen sollten dort eine Sorte Randsteine anfertigen, welche im bestehenden Tarif nicht aufgeführt sind; pro Meter sollten sie 2.80 Mk. erhalten. Dieser Preis war aber unsern Kollegen zu niedrig und so legten neun italienische Kollegen sofort die Arbeit nieder. Natürlich erklärten sich auch die deutschen Kollegen solidarisch. Bei der am 24. Juni mit Herrn Müth gepflogenen Verhandlung wurden 3 Mk. pro Meter vereinbart. Kollegen, wir sehen also deutlich, daß nur Einigkeit stark macht.

Kürnberg. In der am 18. Juni stattgefundenen, leider sehr schwach besuchten Bezirksversammlung referierte Kollege Braun über das Thema: Die Lehren und der Ausgang unserer Lohnbewegung. Kollege Braun schilderte ausführlich alle Vorkommnisse, welche sich während des Streiks abgepielt haben. Hauptächlich kritisierte Redner das Verhalten der Firma Treutle, welche uns die größten Schwierigkeiten bereitete und auch bis jetzt den mit den übrigen Firmen abgeschlossenen Vertrag noch nicht unterschrieben hat. Treutle ist derjenige Unternehmer, welcher bei Staatsbauten immer am meisten begünstigt wird; trotzdem findet er es nicht für notwendig, mit seinen Arbeitern zu unterhandeln und einen Vertrag abzuschließen. Obwohl der abgeschlossene Vertrag nicht ganz unsern Wünschen entspricht, so können wir mit unserm Erfolg doch zufrieden sein: es ist immerhin ein Schritt vorwärts. Weiter gab Braun die Abrechnung des Streiks bekannt. Er forderte die Kollegen auf, sich strikte an den Vertrag zu halten, über die Einhaltung desselben zu wachen und stets auf dem Posten zu sein. (Reicher Beifall.) An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen; sie erklärten sich alle mit dem Redner einverstanden. Im Punkt Verschiedenes wurde der Antrag gestellt, auf die Tagesordnung der nächsten Bezirksversammlung die Verschmelzung der Zahlstellen Kürnberg, Derdingen und Sternfels zu setzen, was jedoch von den Kollegen für noch nicht wünschenswert erachtet und abgelehnt wurde. (!) Zum Schluß appellierte der Vorsitzende, Kollege B. Büchele nochmals an die Versammlung, dafür Sorge zu tragen, daß der Vertrag strikte eingehalten wird.

Lübeck. Am 10. Juni fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Unter anderem verlas der Vorsitzende eine Postkarte vom Kollegen Meyer, welcher erklärte, daß er mit dem heutigen Tage aus dem Verbands austritte. Die Kollegen Holz und Lange haben ebenfalls ihren Austritt dem Kassierer mitgeteilt wegen eines Beschlusses, den die Versammlung am 13. Mai einstimmig gefaßt hatte. Bezeichnend ist, mit welchen hinterlistigen Gedanken Meyer vorgegangen ist, denn er schrieb die Karte nach dem Arbeitsplatz des Vorsitzenden mit dem frommen Wunsch, der Unternehmer möchte dieselbe lesen, wach schöne Absicht ihm aber zu Wasser geworden ist. Der Grund zu diesem Beschlusse war folgender: am 1. Mai arbeiteten vier Kollegen, nämlich Meyer, Holz, Lange und Klingel, trotzdem hier am Orte der 1. Mai laut Tarif als Feiertag gilt. Und so wurde in der betreffenden Versammlung folgender Beschluß einstimmig gefaßt (die vier Herren waren natürlich nicht anwesend): „Die Kollegen, die am 1. Mai gearbeitet haben, haben sich des Tarifbruchs schuldig gemacht und haben den am 1. Mai verdienten Lohn an die Lokalkasse abzugeben.“ Die Zahlstelle Lübeck macht sich nicht viel Kopfschmerzen durch den Verlust dieser drei Leute. Pflicht der übrigen Kollegen ist es, sich nun fester zusammenzuschließen und die betreffenden drei mit der ihnen gebührenden Beachtung zu strafen, dann wird es nicht lange dauern und auch sie werden einsehen, daß sie eine große Dummheit begangen haben. Zum Schluß wurde noch beschlossen, für die Kieler streikenden Kollegen die zweite Rate (50 Mk.) abzuschicken.

Münster (Westfalen). Die in den Grabsteinbetrieben und Werkstätten für innere Kircheneinrichtungen beschäftigten Kollegen hatten vor 14 Tagen einen Tarifvertragsentwurf an die Unternehmer eingereicht. An Stundenlohn wurde gefordert von jetzt bis 1. Juni 60 Pfg., für das Jahr 1913 63 Pfg. und für 1914 65 Pfg. Der Stundenlohn von 60 Pfg. wird zurzeit in verschiedenen Geschäften bezahlt. Es handelte sich vor allen Dingen darum, daß auch die andern Firmen den Lohn zahlten, besonders in der flauen Geschäftszeit und vor allen Dingen im Winter. Von den 10 Firmeneinhabern, an die der Tarif entgereicht worden war, erhielt die Lohnkommission nur von einer Firma Rückantwort. Am Sonnabend, den 16. Juni, fand eine gemeinschaftliche Versammlung der frei- und christlichorganisierten Kollegen statt, welche nach eingehender Aussprache beschloß, daß der Gauleiter Herrmann von unserer Organisation und der Bezirksleiter Küper vom christlichen Verbands mit je einem Mitgliede der Lohnkommission bei den einzelnen Geschäftsinhabern zwecks einer gültigen Einigung vorzusprechen sollten. Diese Vorsprache fand statt und es erklärte sich ein Meister bereit, die andern Unternehmer zu einer Sitzung auf Dienstag, den 20. Juni, einzuladen. Zu der Sitzung erschienen fünf Unternehmer; diese waren jedoch nicht zu bewegen, den Tarif anzuerkennen. Am Abend fand eine Versammlung statt, in der die Lohnkommission Bericht gab. Da alle Versuche zu einem friedlichen Abschlusse des Vertrages vergebens waren, so beschlossen die Kollegen in geheimer Abstimmung einstimmig, am 21. Juni in den Streik zu treten. Da eine günstige Konjunktur vorhanden ist, so werden die Unternehmer wohl bald mit uns wegen einer Einigung in Verhandlungen treten müssen.

Vienna. Am 23. Juni fand im Volkshaus eine Mühlsteinarbeiterversammlung statt mit folgender Tagesordnung: Der gegenwärtige Stand der Lohnbewegung bei Dschay und Gebrüder Jirals. Kollege Seidel berichtete über die stattgefundenen Verhandlungen und glaubt, daß bei Dschay das erzielt sei, was unter den jetzigen Verhältnissen zu erreichen möglich war. Daß dies den einzelnen nicht genügend erscheine, wolle er nicht verkennen. Nach Verlauf des achtwöchigen Kampfes müßte man aber annehmen, daß die Arbeit doch wohl nicht so treibe, wie die Kollegen es hinzustellen beliebten, und aus diesen Erwägungen sei er der Meinung, daß durch Verlängerung des Kampfes nicht mehr zu erreichen sei. Deshalb habe er nichts dagegen gehabt, daß die noch streikenden Kollegen, die früher bei Dschay gearbeitet haben, das Angebot von 8 Prozent auf den Beschäftigten Stein annehmen und die Arbeit aufnehmen. Bei der Firma Israel liegen zurzeit die Verhältnisse so, daß die Firma glaube, ihren Betrieb mit den Arbeitswilligen aufrecht erhalten zu können, daher lehne diese es auch strikte ab, die früheren Löhne für die Zukunft zu bezahlen. Die Verhandlung

sei daher resultatlos verlaufen. In der Debatte erklärten sich sämtlich: Streikende der Firma Hraal bereit, sich anderweitig Arbeit zu suchen und unter keinen Umständen bei der Firma zu den erniedrigten Löhnen zu arbeiten. Der Verwaltung wurde aufgetragen, dies der Firma wissen zu lassen und dafür zu sorgen, daß kein organisierter Steinarbeiter dort Arbeit annimmt. Die Sperre über die Firma soll so lange bestehen, wie die Firma sich weigert, die früheren Löhne wieder zu bezahlen.

Händelsacker. Am 17. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. In derselben gab es eine lebhaftige Debatte über den Unternehmer Herrn Schliermann. Derselbe scheint auch nicht an den abgelaufenen Tarif zu denken, denn in seinem Betrieb herrschen Zustände, wie sie im wilden Afford nicht ärger waren. Der Steinmetz muß meist 14 Tage warten, bis Herr Schliermann das fertige Werkstück ausrechnet. Da es derselbe mit dem Ausrechnen nicht so genau nimmt, so kommt es jedesmal zu großen Auseinandersetzungen mit ihm. Als aber die Arbeiter ihr Recht behaupteten, entließ er sofort zwei Kollegen. Der Betrieb Schliermann ist wegen Maßregelung zweier Kollegen und fortgesetzter Umgehung des Tariffs gesperrt.

Selb. Am 12. Juni legten die Kollegen bei der Firma Reich die Arbeit nieder. Diese Firma wollte sich dem Urteilspruch des Schiedsgerichts nicht unterwerfen. Es wäre ja so mühsam für uns das Schiedsgericht hinauf. Die Kollegen nahmen daher in zwei Versammlungen Stellung, zumal die Firma neuerdings sich grobe Tarifverletzungen zuschulden kommen ließ. Am Montag früh 5 Uhr sollte die Arbeit beginnen, weil es ungemein pressant war; aber nicht ein einziger der im Betriebe Beschäftigten, mit Ausnahme der zwei Polen, kamen zur Arbeit. Am Mittwoch wurden Verhandlungen mit dem Unternehmerverband gepflogen, in den wir auf der ganzen Linie Sieger blieben. Am Freitag fanden mit der Firma Reich Verhandlungen statt, an denen auch Kollege Hugo Walfyer teilnahm. Herr Reich zahlte alle Differenzbeträge nach. — Weiter muß noch gemeldet werden, daß Kollege Hofmann in der gemeinschaftlichen Sitzung in Hof von der Aktiengesellschaft Wunnebel wieder eingestellt wurde. Wüthig ist die Sperre über die Bereinigung aufgehoben.

Wüthig im Erzgebirge. Am Sonntag, den 11. Juni, hatten sich die Mitglieder unserer Zahlstelle in Anspruch versammelt, um die Antwort der Serpentinfirmen auf unsere Eingaben, die in voriger Nummer des „Steinarbeiters“ näher skizziert waren, entgegenzunehmen. Ueber den Verlauf und Resultat der Angelegenheit berichtet Kollege Siebold vom Zentralvorstand, dem die Meldung von den hiesigen Kollegen übertragen war. An der Hand vorliegender Korrespondenz wurde bekannt gegeben, daß die Firmen D. Lippmann in Anspruch und H. Wüthig in Wüthig die 10stündige Arbeitszeit nunmehr eingeführt und die Löhne soweit erhöht haben, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit kein Lohnmangel entsteht. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse ist diese Regelung ohne weiteres ein Erfolg. An den dort beschäftigten Kollegen liege es nun, für die Verkürzung der Arbeitszeit auch das nötige Verständnis zu bekunden. Mit dem Direktorium der Wüthiger Gesellschaft habe am 11. Juni eine Besprechung stattgefunden, und als Resultat sei eine minimale Verbesserung der Stundenlöhne zu verzeichnen. Auch die vielseitigen Affordpreise werden aufgebessert. Ueber die Verhandlung berichtet der Vortragende eingehend; wohl seien nicht alle Wünsche befriedigt, aber trotzdem empfehle er, sich mit dem Resultat einverstanden zu erklären. Die Konkurrenzverhältnisse unter den Firmen seien recht ungesund, die Folgen davon spielen sich in den Lohnverhältnissen der Arbeiter und Angestellten wieder; sie lassen sich aber nur im Interesse der Industrie und der darin Beschäftigten ändern, wenn die Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Organisation begriffen und dann ein gewisses Maß in Hand arbeiten mit den Unternehmern stattfände. Der Kollege Luchjauer ergänzte diese Ausführungen von der Befriedigung und erwidert ebenfalls um Zustimmung. Eine eingehende Debatte setzte dann ein, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß man sich mit der Situation abfinden müsse, es fehle auch nicht an Stimmen, die von der Wüthiger Gesellschaft mehr Entgegenkommen verlangten. Der Kollege Siebold behandelte alle die Einwände und wies nach, daß unter den jetzigen Verhältnissen kein anderes Resultat erzielt werden könne. Die Abstimmung ergab einstimmige Zusage. Sodann wurde für den ausscheidenden Kassierer und einen Revisor Ernst gewählt und den Kollegen dringend empfohlen, die Lohnstatistikkarten genau zu führen.

Rundschau.

Der Steinbruchbetrieb in Bernsdorf dürfte einen nicht geschätzten Aufschwung nehmen. Bereits an sieben Stellen gräbt man auf Bernsdorfer Flur und nach der Ernte gedenken noch einige Gutsbesitzer ihre Felder nach Quarz zu untersuchen zu lassen. Die Fachleute behaupten, sollen die Brüche mindestens 20 Jahre lang Beschäftigung gewähren. Der Quarz wird nach Steinitz in Schlesien verfrachtet, daselbst geschmolzen und zu Emaille verarbeitet.

6 Prozent Dividende verteilen die Deutschen Steinwerke in Ebersbach am Main. Die Aktiengesellschaft arbeitet mit einem Kapital von über 2 Millionen Mark.

Vom drangsalierten Stegerwald. Herr Becker hatte im Reichstage am 11. Mai in rührenden Tönen erzählt, wie 1897 Herr Stegerwald von dem sozialdemokratischen Kontrolleur der Münchner Ortskrankenkasse gepöbelt worden sei. Unsere Münchner Genossen stellen fest, daß der damalige Kontrolleur Zentrumsmann war. Jetzt reden sich die Schwarzen damit heraus, daß der Vorgang nicht aus 1897, sondern aus 1898 datiere. Aber auch damit haben die Schwarzen kein Glück. Der Zentrumsmann Fischer gab seinen Posten erst am 1. Mai 1899 auf; wenn also wirklich Herr Stegerwald drangsaliert wurde, geschah es durch einen Parteifreund!

Steinausschreibungen.

Folgende Steinausschreibungen sind uns bekannt geworden:

Eisenbahnbetriebsamt Detmold. Pflasterarbeiten und Steinlieferungen für eine neue Ladestraße auf Bahnhof Detmold, etwa 1450 Quadratmeter.

Eisenbahnbauabteilung Koblenz. 7000 Kubikmeter Basalt-Steinschlag.

Erzbischöfliches Bauamt in Freiburg i. B. Für den Zentralfriedhof an der St. Martinskirche in Endingen: Steinlieferungen im Anschlage von 819 Mark. Ved. bei dem Kath. Zeitungsrat in Endingen zur Einsicht.

Stadtbaumeister Spandau. 3000 laufende Meter Granit-horbschwellen.

Königl. Eisenbahn-Verwaltung Rastatt in Schlesien. Lieferung von rd. a) 1200 Tonnen Granitpflastersteinen 3. Sorte und b) 7500 Tonnen 4. Sorte, zu a im ganzen, zu b im ganzen oder geteilt, jedoch nicht unter 1000 Tonnen.

Städtisches Hochbauamt Mainz. Granitsteine zum Neubau eines Bibliothekgebäudes zu Mainz: 150 Ird. Meter alleseitig bearbeitete profilierte Treppenstufen und 6 Kubikmeter bearbeitete Schwellen und Wangen.

Städtisches Hochbauamt Mainz. Haussteinarbeiten zur Erbauung eines Bibliothekgebäudes zu Mainz: 1. 97,5 Kubikmeter profilierte Haussteine, 2. 42 Kubikmeter glatte Haussteine, beide aus Ettringer Tuff (Los 1), 3. 27,5 Kubikmeter profilierte Haussteine aus Würschstall (Los 2).

Hochbauamt Köln. Für den Neubau des Realgymnasiums in Köln-Deug: 1. Werkstein (Basaltlava).

Königl. Eisenbahnbetriebsamt I Bremen. 1500 Quadratmeter Reibpflastersteine (Granit) für den Bahnhof Bremen.

Königl. Wasserbauamt Emden. 750 Kubikmeter Sandsteinquadern für Böschungspflasterungen am neuen Hafenbecken auf dem hiesigen Bahnhof zu Emden.

Stadtbaumeister Brandenburg a. S. 300 Kubikmeter Koppsteine, jogen. Berliner, 6. Klasse.

Städtisches Tiefbauamt Göppingen, Württemberg. 16 000 Stück Hartbasalt- oder Porphyrpflastersteine 1. Sorte, 14—16 Zentimeter Kopf und Saß, 14—16 Zentimeter hoch.

Architekt Joseph Müller Straßburg. 2 Steinbauerarbeiten für den Neubau der evangelischen Kirche in Besenheim.

Königl. Eisenbahnbetriebsamt III Trier. 2 2 Bief. von Pflastersteinen aus Hartgestein für 900 Quadratmeter Zufuhrstraße.

Hochbauamt Leipzig. Zu einem Umbau an dem Pferde- stall im Vieh- und Schlachthof: b) Steinmearbeiten.

Militärbaumeister Baugen. Für den Neubau des Artillerie-kajernements in Baugen: 5. 5. Granitarbeiten.

Posen-West. 3720 Quadratmeter Pflastersteine.

Eisenbahndirektion Eberfeld. 16 500 Kubikmeter Kleinschlag.

Begebauinspektion Bremen: 950 Meter Saumstein, 880 Quadratmeter Pflastersteine.

Stadtbaumeister Osnabrück. 5600 Quadratmeter Pflastersteine.

Stadtbaumeister Solingen. 1100 Meter Randsteine.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 19. bis zum 24. Juni 1911.

Martrankstädt, B. 1.80. Fürstberg, B. 1.20. Triefel, B. 4.20. Braße, B. 4.90. Baumholder, E. 0.90. St. Gallen, Ins. 1.60. Oberndorf, B. 39.26, E. 1.50, K. 0.40. Müders, B. 200.—. Ziegelanger, B. 294.—. Wellerode, B. 142.24, K. 7.50. Wünnelburg, B. 29.40, K. 0.60. Unfen, B. 252.—, K. 7.90. Löwenberg, B. 242.—. Osnabrück, B. 228.—, E. 17.50, M. 0.70. Kappelrodt, B. 128.—. Königsutter, B. 84.—. Göttingen, B. 16.80, K. 1.20. Mehle, Ins. 3.20. Peine, B. 8.—. Hilmerdsdorf, B. 5.40. Meerane, B. 9.—. Rübeke, B. 17.—. Verleberg, B. 6.—. Kottorf, B. 4.80. Emden, B. 1.80. Würzburg, Ins. 12.80. Bonn, B. 17.50, E. 0.50, K. 3.10. Gerbich, B. 42.—. Bahn, B. 9.—, K. 0.55. Wulsdorf, B. 100.—. Derdingen, B. 210.—, K. 59.25. Breslau, Ins. 10.80. Kaiserslautern, Div. 25.—. Weiswedel, 1.20. Würzburg, Ins. 2.40. Langensalza, 2.—. Ruhlsdorf, B. 6.80. Emden, B. 1.20. Darmstadt, 5.—. Breslau, B. 300.—, K. 40.—. Demitz-Thumitz, B. 472.—, K. 20.—. Dürkheim, B. 378.—. Einbeß, B. 100.—. Gommern, B. 758.—, E. 42.—. Gefrees, B. 275.40, E. 4.—, K. 3.60. Kaiserslautern, B. 168.—, E. 7.50, K. 10.—, M. 0.80. Neustadt a. S., B. 58.80. Wiesbaden, B. 288.98, E. 6.50, K. 18.10, M. 2.80. Waldbrunn, B. 84.—, K. 10.—. Leipzig, B. 500.—.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Konstanz. Als Streikbrecher waren hier tätig: Georg Vaber, Paul Frank und Sepp Planac. Die Ortsverwaltung, Heilbronn. Der Steinmetz Hermann Kistner möchte sofort seine Adresse einsehen. Ernst Häuser, Keilstraße 11.

Alt-Warhan. Die Verleumdungen, die gegen den Kollegen Gustav Kreis im Bunzlauer Distrikt verbreitet werden (Unter-schlagung), sind unwahr. Wir warnen vor Weiterverbreitung. Die Ortsverwaltung, J. A.: Alfred Reichelt.

Strazburg (Elsas). Der Geschäftsgang am Orte ist ein sehr flauer; von 200 organisierten Kollegen stehen zurzeit nur noch 108 in Arbeit. Viele Familienväter sind gezwungen, auswärts Arbeit zu suchen. Reisende Kollegen haben sich bei Philipp Kleiner, Speuplag 2, zu melden.

Kiel. Der Marmorhauer Friedrich Graf aus Methenfels in der Pfalz hat hier während des Streiks den Hausreiber gespielt. Nunmehr hat er seine Tätigkeit beendet und wird jedenfalls an anderen Orten auftauchen. Die Kollegen mögen obiges beachten.

Adressen-Händerungen.

Stadtprojetten. 1. Bors.: Vinus Herberich. 2. Bors.: Ferd. Grimm.

Wünnelburg. Bors.: Kaspar Kraft, Ring 78. Kass.: Wenzel Sika, Siebenhuben bei Wünnelburg.

Neumied. Bors.: Friedrich Schlepff, Schloßstraße. Kass.: Wilhelm Schäfer, Engerfer Straße 94.

Sprochbuel. Kass.: Franz Wrida, Bruch 41.

Kobach (Oberpfalz). Bors.: J. Frilbacher, Wald.

Briefkasten.

Frohburg (?). Die Arbeiter haben mit ihrer Rechnungs-methode vollständig Recht. Es gibt aber auch noch ein Amts-gericht in Eurem Bezirk. — Striegau. Für die bewiesene Unter-schlagung besten Dank. — P. Bar wegen Raummangel zurück- gestellt; warum denn gleich mit so scharfem Gesicht auffahren. A bisl mehr G'mütlichkeit könnt nix schäd'n. Besten Gruß! — Müders. Wir kennen die Adresse des betreffenden „Fasenhölzer-leider nicht. — R. in Br. Das ist doch ein bißchen viel ver-langt, nach 2 1/2 Jahren noch eine Richtigstellung zu bringen. — 48. Ob der Unternehmer G. den Auftrag erhielt, wissen wir nicht. Es ist auch nicht unsere Sache, darüber umständliche Er-örterungen anzustellen, fñntemalen die Behörden wegen einer Auskunftserteilung recht zugeknöpft sind. — T. Kann nicht ab- gedruckt werden, weil es Sache der Zahlstelle ist, persönliche Differenzen zu regeln. — S. in G. Eine fixere Berichterstattung wäre uns sehr erwünscht. Das ist ja die reinste Schneckenpost.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Sonnabend, den 22. Juli, im Moabit Wintergarten (Artushof), Perleberger Str. 26 u. Stendaler Str. 18

Grosses Sommerfest

bestehend in

Konzert • Spezialitäten • Ball.

Volksbelustigungen aller Art für Kinder und Erwachsene. • Kaffeeküche.

Beginn des Konzertes 4 Uhr.

Bei ungünstiger Witterung findet das Fest in den äusserst geräumigen Sälen statt. — Bahnverbindung: Elektrische Linien 3, 5, 7, 8, 13, 15, 16, 19, 23, 24; Auto-Omnibus-Linie 11; Stadt- und Ringbahn, Bahnhof Putzlindestrasse.

Eintrittskarten, für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg., sind zu haben bei den Platzvertretern und in den Zahlstellen.

Um rege Beteiligung bittet

Das Vergnügungskomitee.

Lokalbeamter gesucht.

Für die vereinigten Zahlstellen Striegau und Häslicht wird für bald ein Lokalbeamter gesucht. Bedingungen sind:

- Erfahrung in der Gewerkschaftsbewegung;
- Kenntnis der sozialen Gesetzgebung;
- Kenntnis der einfachen Buchführung;
- 5-jährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation.

Belegte Bewerber mögen ihre Offerte mit einem selbst- geschriebenen Aufsatze über die Entwicklung des Steinarbeiter- Verbandes bis zum 20. Juli einreichen bei

K. Daubenthaler, Striegau (Schles.), Bahnhofstr. 11.

10 bis 12 tüchtige Steinbauer

finden dauernde Beschäftigung bei

Peter Contini

Wiedenselsen bei Bühlertal (Schwarzwaldb).

Tüchtige Steinmetzen

werden noch eingestellt bei

Hoffsteinmetzmeister L. Niggel, Mittelsteine

Grafschaft Glatz (Schlesien).

Steinschleifer

für Marmor u. Granit werden für dauernde Arbeit eingestellt bei

Rupp & Moeller, Karlsruhe (Baden).

Steinmetz

auf Grabsteinarbeit, sauberer und flotter Arbeiter, stellt für dauernd sofort ein

M. Ucko, Steinmetzmeister, Ostrowo.

Tüchtige Steinmetzen

werden eingestellt bei

L. Rosenthal, Beuthen (Oberschlesien).

Turmrose aus Basaltlava

in gotischem Stil, 1,10 m im Durchmesser, lichte Weite 0,82 m, prämiert mit der goldenen Medaille, ist preiswert zu verkaufen.

Gebr. Keuser, Mayen (Rheinland), Pöcher Str. 14a.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Faulbach am 10. Juni der Kollege Edmund Glod, 33 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.

In Halle a. Saale am 26. Juni der Kollege Richard Semmer, 52 Jahre alt, an Herzlähmung.

In Konstanz am 23. Juni der Kollege Joseph Kappler, 41 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.

In Nordendorf am 12. Juni der Kollege Leonhard Schaller, 28 Jahre alt, an Bluthusten.

In Seebach am 21. Juni der Kollege Zöpfer, 27 Jahre alt, an Blutvergiftung.

In Strahlen am 21. Juni der Kollege Friedrich Walter, 51 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.

In Wünnelburg am 18. Juni der Kollege Reinhard Franke, 48 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staedinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte

Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine

Werkzeuge und Werkzeugstahl

empfehlen zu billigen Preisen

Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.

Preisliste gratis und franko.

Albert Baumann

Werkzeugfabrik und Härtewerk

Aue (Erzgeb.)

Preisliste

über alle

Steinmetz-Geschirre

versende gratis!

Lieferung sofort.

Schürzen

Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadett-, Leder- und Buckstufen in eigener Anfertigung

empfehlen preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtige Marmorschleifer für Rundschleifmaschinen gesucht.

Nikolaus Höhl, Marmorgeschäft, Würzburg.

Tüchtige, berufsmässige

Pflastersteinschläger und Bossierer

bei sich im Affordsohn und dauernder Arbeit sofort gesucht. Zu melden bei

Bruchmeister Hensel, Granitwerk Seidau bei Bautzen.

Robert Berndt Söhne.

Nachlese zur Pflastersteinzollfrage.

„Wenn die Herren Schweden nicht wollen, dann sollte man ihnen zu verstehen geben, daß man sie mit samt den Erzen eines Tages in die Tasche stecken kann. Wäre Deutschland nicht da, so hätte Rußland das schon längst getan.“
Ein Mitarbeiter des „Steinbruch“.
(Siehe Nr. 21, Jahrg. 1911.)

Die Pflastersteinzollfrage ist durch den Reichstagsbeschuß vom 31. Mai nun auf 5 Jahre erledigt. Bekanntlich wurde in jener Sitzung der Handelsvertrag mit Schweden mit überaus großer Mehrheit angenommen. Wir haben im „Steinarbeiter“ eingehend Stellung zur Zollfrage nehmen müssen; die Kollegen draußen im Lande wollten wissen, wie sie sich gegenüber den Machinationen der Unternehmer zu verhalten haben. Wir sind gegen einen Zoll, weil es die gut „patriotischen“ Stadtverwaltungen ohne weiteres in der Hand haben, nur deutsches Steinmaterial in Auftrag zu geben. Wenn die deutschen Stadtverwaltungen sich auf den Standpunkt stellen, nur einheimisches Steinmaterial zu benutzen, so hat sich die schwedische Einfuhr ohne weiteres erledigt.

Es ist kaum zu glauben, mit welcher Leichtfertigkeit bei der ganzen Zolldebatte im Reichstage Behauptungen aufgestellt wurden, die jeder Grundlage entbehren. Beim Kapitel: Steuern und Zölle führte der nationalliberale Abgeordnete Vogel am 1. April 1911 folgendes aus:

Es liegt mir vor ein Schreiben der Süddeutschen Granitwerke in Straßburg; die hatten im Jahre 1906 1500 Arbeiter, heute haben sie nur noch 300 Arbeiter.

An dieser Darstellung wäre zu bemerken, daß die Süddeutschen Granitwerke noch niemals 1500 Steinarbeiter beschäftigten, ja noch nicht einmal 600. Herr Vogel muß von einem Zollinteressenten unerhört dupiert worden sein. In Elsaß-Lothringen, Baden und Hessen sind nicht die geringsten Vorbedingungen vorhanden, um einen so umfangreichen Betrieb aufrechtzuerhalten zu können.

Dann nahm das Wort Gräfe (Antisemit):

Es ist heute mit Recht darauf hingewiesen worden, welchen Reichtum unser deutsches Vaterland vom besten Material der verschiedensten Steinarten bietet, und es ist klar, daß die deutsche Steinindustrie sich gut verdoppeln, doppelt und dreifach soviel Arbeiter beschäftigen könnte, als sie heute beschäftigt, wenn ihr durch geeignete Zölle geholfen würde.

Wenn Herr Gräfe diese Meinung in einer Versammlung von Steinarbeitern und Bruchbesitzern geäußert hätte, er wäre wegen seiner phantastischen Darstellung weidlich ausgelacht worden. Der Sinn ist doch der, wenn Schweden nicht jährlich für etwa 8—9 Millionen Mark Pflastersteine einführen könnte, dann könnte die deutsche Steinindustrie enorm erweitert werden. Herr Gräfe sieht schon die Zeiten, in denen an Stelle der 160 000 Arbeiter über 400 000 beschäftigt sind. Wenn der Herr Abgeordnete nur einigermaßen die Struktur der Steinindustrie kennen würde, dann müßte er wissen, daß sie ihren Höhepunkt schon seit Jahren erreicht hat.

Herr Gräfe hat überdies später noch einmal im Reichstage eine unzutreffende Behauptung aufgestellt. Es macht sicherlich keinen guten Eindruck, wenn die Unternehmer der Steinindustrie die bürgerlichen Abgeordneten in so oberflächlicher, irreführender Weise informieren.

1. Lesung.

Die erste Lesung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags fand am 22. Mai statt. Die Debatte über die Steinindustrie war recht umfangreich. Der Staatssekretär Dr. Delbrück verteidigte die Vorlage in warmer Weise. Unter anderem sagte er:

Zimmerlin ist es uns gelungen, für 250 Positionen des schwedischen Tarifes Zollherabsetzungen zu erlangen. Meine Herren, es ist nicht leicht gewesen, Ermäßigungen des in seiner Gesamtheit sehr hohen neuen schwedischen Tarifes in einem solchen Umfange zu erzielen.

Der Regierungsvertreter gibt nun unumwunden zu, daß die Deutschen bei den ganzen Verhandlungen sich in einer argen Zwischmühle befunden haben. Früher hat Deutschland seine Zollsätze enorm in die Höhe geschraubt und nun kommen die Ausländer und befolgen dieselbe Taktik. Für die deutschen Unterhändler war es sicher keine Kleinigkeit, in 250 Fällen Zollherabsetzungen durchdrücken zu können. Und wenn nun auf einmal die Angehörigen der deutschen Steinindustrie meinen, unsere Unterhändler hätten sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gefühlt, so müßten wir das doch bestreiten.

Hier möchten wir nun schon die Kommissäre nennen, welche am Abschlusse mitgewirkt haben. Es sind das folgende Herren: der Kaiserliche Wirkliche Legationsrat Herr Edler von Stockhammer, der Kaiserliche Geheime Oberregierungsrat Herr Müller, der Kaiserliche Geheime Oberregierungsrat Herr Dr. v. Schönbecker, der Kaiserliche Geheime Oberregierungsrat Herr Dr. Trautvetter, der Königl. preussische Geheime Oberfinanzrat Herr Schönbach, der Königl. preussische Wirkliche Geheime Oberregierungsrat Herr Lusenky und der Königl. preussische Oberregierungsrat Herr Freiherr von Falkenhäusen.

Das sind doch keine sozialdemokratischen Regierungsräte gewesen, die diesen Vertrag perfekt gemacht haben. Wenn wir uns erlaubt hätten, die Tüchtigkeit der deutschen Unterhändler anzuzweifeln, man hätte uns sicherlich zum Vorwurf gemacht, daß wir die Intelligenz unserer höheren Regierungsbeamten nicht genügend würdigen.

In der 1. Lesung stellte nun der Zentrumsabgeordnete Speck den Antrag, den deutsch-schwedischen Handelsvertrag einer besonderen Kommission zu überweisen. Der sozialdemokratische Abgeordnete v. Boll-

mar nahm auf den famosen Antrag des Herrn Speck sofort Bezug und führte dazu ironisierend aus:

Nur das eine möchte ich dem Herrn Speck sagen: Wenn er meint, er und seine Freunde werden sich die Abstimmung vorbehalten — je nach Ausfall der Kommissionsverhandlung, dann weiß ich nicht, ob er beansprucht, daß wir das mit einem traurigen oder lachenden Gesicht entgegennehmen sollen (Heiterkeit), damit manche Leute etwas in der Hand haben, womit sie sich decken können. Indes der deutsche Reichstag ist eine Institution, die am Reden niemals genug bekommt. (Heiterkeit), und es soll den Herren das Vergnügen gewährt werden.

Genau so, wie es v. Bollmar voraus sagte, ist es auch gekommen. Die bürgerlichen Parteien wollten sich nach außen hin wichtig tun und wollten sich überdies bei den Herren Steinbruchindustriellen eine günstige Position sichern. Die Herren vom Zentrum wußten aber ganz genau, daß der Handelsvertrag sicherlich angenommen wird, da ist ja das Zentrum viel zu viel Regierungspartei. Der Antrag des Zentrums war sonst nichts als ein taktisches Manöver, allerdings war es ein plummes Manöver. Der Abgeordnete v. Bollmar führte dann in Bezug auf den Niedergang der niederbayerischen Granitindustrie folgendes aus:

Wir haben in Bayern, speziell in Niederbayern, einen sehr wertvollen Granit. Es hat eine Zeit gegeben, in der die Industrie dort blühend gewesen ist, wo 3000 Arbeiter dort gearbeitet haben, und wo man die Pflastersteine, die man dort erzeugte, soviel man konnte, die Donau hinunter nach Wien, Budapest usw. sandte. Da ist es nun bei uns in diesem Hause zu Beginn der 90er Jahre jemand eingefallen, den Antrag zu stellen, gegenüber Oesterreich einen Zoll auf Steinmeharbeiten zu verlangen und durchzusetzen. Darauf ist Oesterreich gekommen und hat die Antwort darauf gegeben, indem es seinerseits einen Steinmehzoll einführt, und die Folge ist gewesen, daß heute die ganze Industrie ruiniert ist (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), weil sie heute nicht mehr ausführen kann.

Nach Wien sind damals 200 Zentner zu 25 Mark gefahren worden, heute kosten sie nach Leipzig 90 und nach Berlin weit über 100 Mk. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Folge ist natürlich, daß unsere bayerischen Landsleute die Geschäfte haben aufgeben, Heim und Hof haben verlassen müssen, und sogar größtenteils, wo die Industrie neuerstanden ist, als Lehrmeister hingegangen sind. Wir haben damals eine prächtige Steinmehschule gehabt, deren Schüler überall gesucht wurden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wir können uns mit den vorzüglichen Ausführungen des Abgeordneten v. Bollmar vollständig einverstanden erklären. Kein Abgeordneter hat es gewagt, diesen Darstellungen zu widersprechen. Durch den österreichischen Zoll wurde bekanntlich die niederbayerische Steinindustrie stark geschädigt, und sie wird niemals mehr auf die alte blühende Stufe gebracht werden können.

Die Reichstagskommission trat nun in der letzten Maiwoche zusammen und der Handelsvertrag wurde in derselben mit übergroßer Mehrheit auch angenommen. Die Steinindustriellen hätten es sehr gern gesehen, wenn einige unserer organisierten Kollegen nach Berlin gefahren wären, um bei der sozialdemokratischen Fraktion Stimmung gegen den Vertrag zu machen. Unsere Kollegen lehnten ein solches Ansuchen ohne weiteres ab. Darüber herrscht natürlich bei diesen Herren eine ziemliche Wut.

Der Standpunkt der organisierten Steinarbeiter wurde ja eingehend in unserm Verbandsorgan erörtert, und es hat keine Unternehmerrzeitung in ernsthafter Weise den Versuch gemacht, unser angeführtes Zahlenmaterial zu entkräften. Ueberdies gibt es eine Reihe von Granitindustriellen, welche den Steinarbeiterverband unter keinen Umständen anerkennen, es brüst ablehnen, mit unsern Vertretern zu verhandeln, und nun sollten wir auf einmal gut genug sein, Unternehmerinteressen zu vertreten.

Auch der neugewählte Abgeordnete Dr. Werner fühlte sich berufen, seine Weisheit über die deutsche Steinindustrie zum besten zu geben. Dieser Herr hat sich seit seiner kurzen Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter schon des öftern kräftig blamiert. Dr. Werner nahm nun in seinen Ausführungen Bezug auf ein Gutachten der Handelskammer Darmstadt, in welchem gesagt wird, daß die Schweden so billig anbieten. Dr. Werner sagte laut Stenogramm (siehe Seite 7030, 181. Sitzung):

„Gerade die letztere (Die Darmstädter Handelskammer) hat bei verschiedenen Submissionen festgestellt, daß Schweden das Kubikmeter um 8.95 Mk. liefert,

während die deutsche Industrie, namentlich die im Odenwald, nur in der Lage ist, das Kubikmeter mit 10.75 Mk. zu liefern. Dasselbe gilt für Wiesbaden und andre Orte.“

Herr Dr. Werner ist mit seinem Gutachten, wenn es wirklich so lautet, wie er es verlesen hat, mächtig hereingefallen. Jeder Tagelöhner in der Steinindustrie weiß, daß kein Unternehmer in der Lage ist, den Kubikmeter Pflastersteine für 8.95 Mk. liefern zu können. Die Pflastersteine sind durchschnittlich 16 Zentimeter hoch; es gehen somit auf den Kubikmeter etwa 6 Quadratmeter. Nach der Darstellung Werners würde sich der Quadratmeter gar bloß auf 1.49 Mk. stellen.

Wir müssen schon erklären, daß nach dieser Probe, die Herr Werner zum besten gegeben hat, wir an seiner Sachverständigkeit großen Zweifel setzen. Dieser Herr Abgeordnete tut gut, von den schwedischen Lieferanten ungeheure Quantitäten zu beziehen, er kann dabei ein glänzendes Geschäft machen und die Herren Schweden werden dabei

am sichersten bankrott. Herr Dr. Werner hat mit seiner Rede den Steinindustriellen sicherlich keinen großen Dienst erwiesen.

2. Lesung.

Die 2. Lesung fand am 31. Mai statt. Nochmals wurde die Zollfrage in breiter Form erörtert, aber die endgültige Annahme des Vertrags stand fest, denn in der Kommission hatte sich bereits eine Mehrheit gefunden. Einige Abgeordnete aus dem bürgerlichen Lager griffen auch bei der 2. Lesung nochmals in die Debatte ein, aber mit demselben Mißgeschick wie früher. Da sagte z. B. der schon genannte Antisemit Gräfe (Sachsen):

Im letzten Jahre sind für die Schleuse Emden 20 000 Kubikmeter Werksteine und für den Kaiser-Wilhelm-Kanal 25 000 Kubikmeter bei den hohen Zollsätzen aus Schweden bezogen worden. Nach der Zollermäßigung wird demnach jede deutsche Konkurrenz völlig ausgeschlossen sein.

Wie Herr Gräfe zu einer solchen Behauptung kommt, ist uns ein Rätsel. Angenommen, es würden zusammen 45 000 Kubikmeter Werksteine aus Schweden bezogen werden sein, da hätten auch wir etwas davon erfahren müssen. Gegen eine solche Einfuhr an Werksteinen zu staatlichen Bauten hätten wir im Interesse unserer organisierten Kollegen den schärfsten Protest eingelegt. Wir behaupten, daß die Ausführungen des Herrn Gräfe geradezu ungeheuerlich übertrieben sind.

Von seinen 45 000 Kubikmetern streichen wir mindestens 40 000 Kubikmeter ab. Wenn eine so große Lieferung nach Schweden gegangen wäre, da hätten sich die deutschen Unternehmer schon gerührt und wir sagen auch dann mit Recht. Daß die Behauptung des Herrn Gräfe völlig unzutreffend ist, ergibt ein einfaches Rechenexempel. Für den Kubikmeter Werkstein kann man etwa 100 Mk. einsetzen und so ergäbe sich, daß die Herren Schweden einen Auftrag von über 4½ Millionen Mark für Werksteine zu den zwei Schleusenbauten eingesandt hätten. Ausschreibungen von so enormem Umfange sind im letzten Jahre in der Granitindustrie nicht zu verzeichnen gewesen. Es gehört schon ein großer Mut dazu, im Reichstage mit solchen Zahlen zu operieren. Der Herr Gräfe kann von großem Glücke reden, daß seine ungeheure Behauptung nicht sofort im Reichstage dementsprechend richtig gestellt werden konnte. Auch aus diesem Beispiele können unsere Kollegen ersehen, in welcher oberflächlicher Weise die Zollfrage behandelt wurde.

Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertrat in einer ausgezeichneten Rede der Abg. Scheidemann, welcher ausführte:

„Meine Herren, was über den schwedischen Handelsvertrag im allgemeinen zu sagen ist, hat vor einigen Tagen mein Freund W. Köhndt hier ausgeführt. Ich hätte gar nicht mehr darüber zu reden brauchen, wenn ich nicht durch die Art und Weise dazu veranlaßt wäre, in der seitens der Pflastersteininteressenten und auch einer ganzen Reihe von Herren, die sich in den Dienst dieser Leute gestellt haben, inzwischen gearbeitet wurde. Meine Herren, es ist da mit Uebertreibungen gearbeitet worden, die wirklich hanebüchener Art sind.“

Es ist gesagt worden, daß durch den mangelnden Zoll für Pflastersteine der Zusammenbruch der Steinindustrie bevorstehe, daß Hunderttausende von Arbeitern brotlos würden usw. Ich möchte dem gegenüber nur verweisen auf einige Tatsachen, die angeführt worden sind von guten Kennern dieser Industrie. Ich will Sie vor allem hinweisen auf eine Broschüre, die der Redakteur des „Steinarbeiter“ geschrieben hat, Herr Staudinger, welcher nachweist, daß alle die Behauptungen über die furchtbaren Gefahren, die der Hartsteinindustrie drohen sollten, übertrieben sind. Der Herr ist, da von der Pflastersteinindustrie fortgesetzt auf schwedische Verhältnisse hingewiesen wurde, auf Wunsch seiner Gewerkschaft drei Wochen nach Schweden gereist und hat an Ort und Stelle die Dinge studiert. Er weist nun in dieser Broschüre auf Grund seiner Studien sowie der deutschen und schwedischen Statistik nach, daß sich seit etwa 20 Jahren die deutsche Hartsteinindustrie in wirklich vorzüglicher Weise entwickelt hat, während die schwedische Industrie seit ungefähr 15—20 Jahren nahezu stille steht, in ihrer Entwicklung vollständig aufgehalten worden ist. Im übrigen stellt er wiederholt fest, daß die Haltung, die die sozialdemokratische Fraktion diesem Vertrag gegenüber einnimmt, selbstverständlich sei für ihn und für seine ganze Gewerkschaft, in der die Steinarbeiter organisiert sind.

Der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Herr Starke, hat in einem Schreiben an uns ausdrücklich erklärt, daß gar keine andre Stellungnahme für uns möglich sei als die, die wir eingenommen haben. Das ist doch auch wieder ein berufener Vertreter der Arbeiter. (Zuruf rechts: Ein Teil!) — Meine Herren, Sie sagen wieder: Ein Teil! Ich werde Ihnen nachher sagen, wie groß der Teil ist.

Ich möchte noch auf ein weiteres hinweisen; es ist auch von diesen Herren, von denen ich weiß, daß sie heute auch im Reichstage vertreten sind — nicht als Abgeordnete, aber seit Wochen machen sie ja das Haus unsicher —, mit unfairen Mitteln gearbeitet worden ist. Ich mußte bei der zweiten Lesung des Stats mit Rücksicht auf einige meiner Vorredner einige Worte sagen über der Pflastersteinzoll, der verlangt wurde von den Herren der Wirtschaftlichen Vereinigung. Ich habe auf Grund der wenigen Sätze, die ich ausgesprochen habe, einen Brief bekommen aus Niedergelbe in den Rheinlanden; der Brief war unterzeichnet mit dem Namen Heinrich Krämer. Dieser Heinrich spielt sich mir gegenüber auf als Parteigenosse und macht mir die schwersten Vorwürfe, daß ich gegen den Pflastersteinzoll geredet hätte. Er schreibt in seinem Briefe einleitend unter anderem:

„So habe ich als Anhänger Ihrer Partei hier in der Nummer 10 und 11 der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zu meinen größten Erstaunen gelesen, daß Sie bei der Zollfrage auf schwedische Pflastersteine gegen den Zoll geredet haben.“

Ein armer Steinarbeiter, der die kapitalistische „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ liest und auf Grund dieser Lektüre mir dann den Vorwurf macht, daß ich den sozialdemokratischen Standpunkt vertritt, das ist gewiß ein besonderes Exemplar. Wertwürdigerweise scheint nun dieser arme Teufel ziemlich viel Geld zur Verfügung zu haben; denn vor einigen Tagen habe ich wieder einen Brief von diesem „Heinrich Krämer“ getrieben, der auch aus Niedergelbe datiert, aber in Charlottenburg abgestempelt ist. (In Charlottenburg hat die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft ihren Sitz. Red. d. „Steinarbeiters“.)

Vermutlich vertritt sich hinter diesem Heinrich Krämer ein Pflastersteininteressent. Ich meine, die Art, wie die Herren gearbeitet haben, ist nicht besonders dazu angetan, Sympathien für sie zu erwecken.

Nun habe ich gegenüber dem Zwischenruf, daß wir hier nur einen Teil der Steinarbeiter verträten, noch zu erwähnen, daß ich bisher immer von den Steinhauern, vom Steinarbeiterverband gesprochen habe. Gestern habe ich mich nun mit dem Vorstand des Pflastererverbandes in Verbindung gesetzt, um auch die Leute dieser Organisation zu hören. Da stellt sich heraus, daß die Pflastererorganisation 80 Proz., also vier Fünftel, aller im Beruf tätigen Leute umfaßt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie also wieder „von einem Teil“ der Arbeiter reden, so vergessen Sie nicht, daß es ein sehr großer Teil ist! Von dem Vorstand des Pflastererverbandes wurde mir geschrieben, es sei ganz selbstverständlich, daß wir gegen den Zoll und für den Handelsvertrag stimmten. Wenn Sie also dafür sorgen wollen, daß die Arbeiter keine Not leiden, dann sorgen Sie dafür, daß die Herren, deren Interesse Sie hier vertreten wollen, sich sozialpolitisch endlich so weit durchmauern, daß sie mit ihren Arbeitern Tarifverträge abschließen! (Abgeordneter Dr. Durdhardt: Die meisten haben Akkordlöhne!) — Dann werden die Akkordlöhne wahrscheinlich niedrig genug sein. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Durdhardt.) — Jedenfalls verdienen die Arbeiter nicht so viel, wie die Apotheker verdient haben; das dürfte feststehen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeiter werden seit Monaten dahin bearbeitet, sich für einen Pflastersteinzoll ins Zeug zu legen; man droht ihnen mit Lohnkürzung usw. Wenn diese Arbeiter sich trotzdem dadurch nicht irritieren lassen, sondern überall ihre prinzipielle Stellung aufrecht erhalten, und wenn sie dabei auch auf die anderen Industriearbeiter in Deutschland hinweisen, dann beweisen sie damit, daß sie über ihre Nasenspitzen hinweggehen können! Das wünschte ich den Herren, die gegen den Handelsvertrag sind, auch! Die Herren Pflastersteinindustriellen argumentieren wirklich merkwürdig. In einer Eingabe, die wir bekommen haben, heißt es z. B.:

In der Notlage, welche durch den Fortfall des Zolls auf Pflastersteine geschaffen wird, usw.

Das beweist doch, daß der Mann, der das geschrieben hat, gar keine Ahnung von den bestehenden Verhältnissen hat. Fortfallen kann doch nur ein Zoll, der schon besteht; es besteht aber ja gar kein solcher Zoll!

Ich darf vielleicht noch eins bemerken. Unter verschiedenen Eingaben der Unternehmer steht immer der Name eines Mannes, von dem mir gesagt worden ist, er sei ein bekannter Romanist. Ich habe noch keinen seiner Romane lesen können; aber ich traue ihm ohne weiteres zu, daß er Romane schreiben kann. Seine Eingaben sind stilistisch sehr schwungvoll abgefaßt; aber es stimmt der Inhalt meistens nicht!

Sehr charakteristisch ist auch, wie in einer Eingabe auf die sogenannte „Schwedische Woche“ hingewiesen wird. Die Tatsache, daß die Schweden eine sogenannte schwedische Woche einführen, d. h. in bestimmten Wochen des Jahres spezifisch schwedische Erzeugnisse vertreiben, nationale Feste in ihrer Landestracht veranstalten usw., hat die Herren in einen Zustand gebracht, der ganz unbegreiflich ist. In einer der Eingaben, die ich zu Gesicht bekommen habe, heißt es, unter Hinweis auf die schwedische Woche: „Und deshalb soll die Pflastersteinindustrie geopfert werden!“ (Heiterkeit.) Das ist wirklich eine pflastersteinige Logik! Wenn man dieser Argumentation folgen wollte, wonach wir wegen der schwedischen Woche Schweden den Zollkrieg erklären sollten, was müßte man dann gegenüber England machen, das die in Deutschland hergestellten Produkte abstempelt, „Made in Germany“? Und was würde man unter Umständen in Deutschland erleben, wenn sich alle Leute über derartige Arrangements, für die Sätze geprägt werden, aufregen wollten? Sie kennen alle den geiststrogenden, von echtem „Leutentum“ zeugenden Schlags- und Schächtruf der Antikemitten: „Kauft nicht bei Juden!“ (Heiterkeit links.) Was soll dabei herauskommen, wenn alle Menschen, die nicht antisemitisch veranlagt sind, sich nun aufregen wollten? Ueber die „weißen Wochen“, die von Warenhäusern veranstaltet werden, müßten dort die Spezialgeschäfte sich maßlos aufregen? Die Wochenarrangements arten teilweise aus, dürfen uns aber nicht veranlassen, politische Dummheiten zu machen. Ein Pferdehändler, der einen Schimmel geschlachtet hatte, soll eine „weiße Woche“ veranstaltet haben. (Heiterkeit.)

Es gibt allerdings auch Arbeiter, die sich für den Pflastersteinzoll ins Zeug legen und gegen den Handelsvertrag argumentieren. Diese Arbeiter sind allerdings, wie sie in ihren Eingaben ausdrücklich betonen, christlichorganisierte Arbeiter. Ein uns zugegangenes Schriftstück ist unterzeichnet von einem Herrn Lehner. In dieser Eingabe wird feinerweichend geklagt — nicht etwa darüber, daß es den Arbeitern jetzt schlecht geht, weil sie ihnen die Lebensmittel verteuert haben, aber darüber, daß es den Arbeitern in Zukunft schlecht gehen würde, wenn sie keinen Pflastersteinzoll bekommen! In einem Satz heißt es da wörtlich:

Es erscheint außerordentlich fraglich, ob durch einen Zollkrieg mit Schweden in irgend einer andern Interessengruppe auch nur annähernd ähnliche Verluste entstehen würden, wie sie in den Pflastersteinbruchgebieten bei einer weiteren Steigerung der schwedischen Einfuhr notwendig eintreten müssen.

Diese Leute spielen also christlich gemütvoll mit dem Zollkrieg. Wenn sie ihren Pflastersteinzoll kriegen, geben sie die ganze übrige Industrie preis und sagen: der Schaden, der dadurch entstehen würde, wäre nicht so groß wie der Schaden, der uns erwächst, wenn wir keinen Pflastersteinzoll haben.

Handelt es sich im schwedischen Handelsvertrag wirklich bloß um Pflastersteine? Die ganze Diskussion dreht sich seit Monaten darum, als wenn das ganze Wohl und Wehe der deutschen Arbeiter von dem Pflastersteinzoll abhängt. Es scheint, daß viele Leute gar keine Ahnung von den Dingen haben, die in Betracht kommen. (Abgeordneter Behrens: Sie zum Beispiel!) — Herr Behrens, reden Sie doch nicht immer so dumm dazwischen! (Große Heiterkeit. — Sehr richtig bei den Sozialdemokraten! — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Schulz: Herr Abgeordneter, das ist eine sehr ungeschickliche Bemerkung, die der Ordnung des Hauses widerspricht. Mit Rücksicht auf die Art, wie das hohe Haus diese Bemerkung aufgenommen hat, will ich unterlassen, das zu tun, was zu tun sonst meine Pflicht wäre.

Abgeordneter Scheidemann: Meine Herren, in diesem Handelsvertrage kommen doch vor allen Dingen auch — ich will nur auf einiges hinweisen — die Erzeugnisse der Textilindustrie, der Sattlerei, der Portefeuilindustrie, der Stahlwarenindustrie usw. in Betracht, und zwar in ganz bedeutendem Maße. Da will ich auf eine Frage zurückkommen, die wir schon in der Kommission erörtert haben, um jetzt vielleicht eine klare Auskunft aus einem der Herren Regierungsvertreter herauszuholen. Ich habe schon in der Kommission unter Hinweis auf eine Heuerung eines der Herren Regierungsvertreter, der gesagt hatte, es sei in bezug auf die Stahlwaren mehr erreicht, als was man erwartet hätte, in Frage gestellt: dann müßte man sich doch wohl klar darüber sein, was man erreicht hat im Gegensatz zu dem bestehenden Verhältnis. Jetzt sind die Verhältnisse so, daß für eine Anzahl Stahlwaren Wertzölle erhoben werden, während nunmehr Gewichtszölle eingeführt werden. Da ist es schwer, den Unterschied festzustellen. Das trifft auch auf Portefeuilartikel usw. zu. Da wäre es mir sehr angenehm, nunmehr zu hören,

wie groß die Differenz ist. Ich habe schon in der Kommission erklärt, daß die Stahlwarenfabrikanten ziemlich im unklaren darüber sind, daß sie aber vielfach überzeugt sind, daß sie auch bei dem neuen Handelsvertrag wieder zu leiden haben werden.

Was es bedeutet, wenn der Zoll wesentlich vergrößert wird, beweist eine Ziffer aus der Handelsstatistik über die Einfuhr der Febermesser nach Schweden, die im ganzen 84 000 Kronen betrug, wovon allein aus Solingen für 82 000 Kronen gekommen sind. (Hört! hört! bei den Soz.) Es handelt sich in Solingen um einen bedeutenden Industriezweig, der wahrhaftig sehr wesentlich daran interessiert ist, daß wir gute Handelsverträge abschließen.

Meine Herren, ich will wieder auf die Pflastersteine zurückkommen: wenn alles, was die Herren Pflastersteininteressenten und ihre Nachreder, die meistens aus Wahlkreisinteressen auf diesem Schilde arbeiten, behaupten, so wahr wäre, wie es unrichtig ist, dann stände fest, daß ein kleiner Teil deutscher Industrie nicht den Zoll bekommt, den sie wünscht. Aber wenn wir nun dieser Herren wegen den Handelsvertrag ablehnen, was ergibt sich dann? Daß wir tatsächlich dann Tausende und aber Tausende von deutschen Arbeitern in der schlimmsten Weise schädigen (sehr richtig), und was würden wir dann den Städten und Gemeinden, die direkt auf die schwedischen Pflastersteine angewiesen sind, für neue Lasten auferlegen!

Ein Wort über die Arbeiterfreundlichkeit, die eine Anzahl der Herren plötzlich entdeckt hat. Wo war denn die Arbeiterfreundlichkeit bei all den Herren — es kommen ja namentlich die der Wirtschaftlichen Vereinigung in Betracht —, wo war denn Ihre Arbeiterfreundlichkeit, als die Zölle auf Lebenshaltung eingeführt wurden, mit denen Sie den Arbeitern die Lebenshaltung verteuerten? (Sehr gut! bei den Soz.) Wo war die Rücksichtnahme auf die Arbeiter, als Sie die Tabaksteuer machten und Tausende von Tabakarbeitern und bei der Zündholzsteuer Tausende von Zündholzarbeitern auf die Straße geworfen haben? (Sehr gut! bei den Soz.) Und wo ist die Arbeiterfreundlichkeit bei Ihnen gewesen in den letzten Tagen bei Beratung der Reichsverfälscherordnung? (Sehr gut!) Sie haben die Arbeiter entrechtet, den Mutterchutz verschlechtert, die Herabsetzung der Altersgrenze abgelehnt, die Witwen- und Waisenversicherung in einer Art und Weise zu Papier gebracht, die den Spott und Hohn der gesamten Welt hervorrufen muß. Aber jetzt bei den Pflastersteinen entdecken Sie ihr arbeiterfreundliches Herz! (Zuruf bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.) Es scheint, als ob Sie da, wo wir das Herz sitzen haben, einen Pflasterstein im Busen bewahren. (Heiterkeit.)

Im übrigen stimmen wir der Resolution zu, namentlich auch, soweit sie sich auf die Eisenbahnausnahmetarife bezieht. Wir sind im wesentlichen mit dem einverstanden, was der Vertreter des preussischen Ministeriums in der Kommission erklärt hat. Wir stimmen dem Handelsvertrage zu. (Bravo! bei den Soz.)

Wir können dem Genossen Scheidemann nur dankbar sein, daß er sich vorzüglich in die Struktur der Steinindustrie hineingefunden hat. Es wird kaum einen Kollegen geben, welcher mit seiner Darstellung nicht einverstanden wäre.

Bei der 3. Lesung wurde das Wort zum Handelsvertrage nicht mehr genommen, obwohl Herr Dr. Werner schon angekündigt hatte, daß er noch verschiedenes auf dem Herzen hätte.

Der einzige Sachmann im Reichstage schwieg.

Dem Reichstage gehört auch ein bedeutender Granitindustrieller an, und zwar Herr Dr. Goller, welcher den oberfränkischen Wahlkreis Hof vertritt. Es fällt nun auf, daß dieser Herr im Reichstage zur Pflastersteinzollfrage kein Wort verloren hat, wo ihm doch die Sachverständigkeit in unserm Berufe nicht abgesprochen werden kann. Warum hat nun im Reichstage Herr Dr. Goller geschwiegen? Wir glauben die Antwort darauf zu finden, wenn wir sagen, dieser Herr ist überhaupt Gegner des Zolls. Wenn er aber nicht gegen den Zoll sprach, so wohl deshalb, um seinen Kollegen von der deutschen Steinindustrie nicht hindernd im Wege zu stehen. Wir können diese Schweigensart allerdings auch nicht recht verstehen, und es wäre schon besser gewesen, wenn er als Steinbruchbesitzer zu der Zollfrage seine Meinung in unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht hätte. Wir haben aber in der Unternehmerpresse kein Wort des Tadels über die Passivität des Herrn Dr. Goller gelesen! Würde zum Beispiel ein einfacher Steinarbeiter dem Reichstag angehören und er würde schweigen, wenn die Verbesserung der Bundesratsverordnung auf der Tagesordnung stände, fürwahr wir könnten es nicht verstehen, wenn unser Kollege sich nicht zum Wort melden würde.

Die Tatsache steht somit fest, daß der berufene Vertreter der Steinindustrie die Zollbestrebungen seiner Kollegen nicht unterstützt hat. Um so unbegreiflicher ist es deshalb, wenn die Unternehmer alles in Bewegung setzten, um die Arbeiter vor den Zollkarren zu spannen.

*

Wir müssen betonen, daß es eine Reihe Steinindustrieller gibt, welche mit Vorliebe ausländische Arbeiter heranziehen, um die einheimischen zu knebeln. Ist das national gehandelt? Ist es weiter volkswirtschaftlich richtig, wenn so viele Steinindustrielle eine ungeheure Schmutzkonzurrenz treiben? Daß die Lage der Pflastersteinindustriellen nicht schlecht ist, geht daraus hervor, daß beispielsweise die Aktiengesellschaften Dividenden in der Höhe von 6—14 Proz. verteilen. Das sind doch ganz anständige Verdienste! — Ueberdies sind wir, das darf nicht vergessen werden, auf die schwarzen und roten schwedischen Rohsteine angewiesen, und diese müssen im Interesse der Steinmehlen und Schleifer zollfrei eingeführt werden.

Schlußbemerkung.

Wir haben längst gefordert, daß den deutschen Pflasterstein- und Schotterwerken billige Eisenbahnfrachtsätze zugestanden werden müssen. Nun, diese Vergünstigung soll laut Regierungserklärung im Reichstage baldigst eintreten. Wir können dem nur zustimmen.

Die Steinindustriellen müssen gerade jetzt in scharfer Weise opponieren, daß die geplanten Schiffsabgaben nicht Gesetz werden. Wenn die Mehrheit des Bundesrats ihre Wünsche durchsetzen kann, so beim Reichstag und den Nachbarländern Oesterreich und Holland, dann wird die deutsche Hartsteinindustrie allerdings empfindlich geschädigt.

Auf den technischen Hoch- und Mittelschulen muß zweifellos der Mineralogie und der Petrographie (Gesteinskunde) mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Bauwerk- und Tiefbauingenieure bilden die mittleren Straßentechniker aus, aber den Studierenden wird in nur oberflächlicher Weise das Vor-

handensein der deutschen Granit-, Diabas- und Basaltgesteine usw. erklärt.

Die Steinindustriellen müssen auch dafür Sorge tragen, daß sie für ihre Erzeugnisse zukünftig bessere Reklame treiben. Die bedeutende schlesische Steinindustrie ist auf der Schweidnitzer Industrie- und Gewerbeausstellung, um ein Beispiel der Gegenwart herauszugreifen, absolut nicht vertreten. So etwas ist beschämend.

Wir finden es ganz in der Ordnung, wenn die Steinbruchbesitzer dahin wirken, daß die deutschen Stadterwartungen wenn irgend möglich nur heimisches Gestein zu Pflasterzwecken verwenden.

Als ein großer Mißstand muß es bezeichnet werden, daß viele deutsche Steinbrüche ohne Anwendung gut bewährter maschineller Einrichtungen betrieben werden. Gute Krane, Bohrmaschinen, Transportgeleiseanlagen usw. fehlen in recht vielen Betrieben.

Notwendig ist ferner, daß sich die Steinindustriellen mehr wie bisher mit ihren Arbeitern über Lohn- und Arbeitszeitfragen verständigen. Nur wenn detaillierte Tarifverträge zum Abschluß gebracht werden, wird die Möglichkeit gegeben, die unlautere Konkurrenz zu besitzigen. In einigen Granitgebieten wurden aber bisher die Arbeiter öfters ausgesperrt, damit die Löhne gekürzt werden konnten. Glücke es, den Arbeitern einen Lohnabzug auszuoktrozieren, dann werden die Offerten wiederum billiger gestellt und das Lamento über die schlechte Geschäfts- und Berufslage erscholl mit geträsteter Stimme aufs neue.

Wenn unsere Anstrengungen Berücksichtigung finden, dann kann uns die schwedische Konkurrenz nicht gefährlich werden. Es wird dann möglich sein, daß innerhalb kürzester Zeit in Mittel- und Westdeutschland nur mehr heimisches Pflastersteinmaterial verwendet wird.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

III.

Die Finanzgebarung der Gewerkschaftskartelle.

Die Ausgaben der Kartelle werden hauptsächlich gedeckt durch feste Beiträge der Gewerkschaften, die in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Von den an der Statistik beteiligten Kartellen erhoben 647 einen solchen Beitrag.

Darunter befinden sich 109, die getrennte Beitragsleistung für das Kartell und das Sekretariat bezw. die Auskunftsstelle haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Jahresbeitragsatz bis höchstens 20 Pfg. beträgt 70 = 10,7 Proz. Einen Beitrag von 21 bis 40 Pfg. erheben 218 Kartelle = 33,2 Proz. 252 Kartelle = 38,4 Proz. erheben einen Beitrag von 41—100 Pfg. Bei 98 Kartellen = 14,9 Proz. bewegt sich der Beitrag zwischen 101 bis 200 Pfg. und bei 9 Kartellen = 1,4 Proz. geht die Beitragsleistung über 2 M. hinaus.

Seit dem Jahre 1909 hat sich die Beitragsleistung wiederum, wenn auch nicht so erheblich als in den Vorjahren, nach aufwärts bewegt. Die Erhebung zu hoher Kartellbeiträge liegt nicht im Interesse der Gewerkschaften. Die Lokallassen der Zweigvereine werden dadurch so stark belastet, daß für die Erfüllung anderer organisatorischer Aufgaben nicht genügend Mittel verbleiben. Best man aber den Mitgliedern zu hohe Extrabeiträge auf, so wird dadurch der Ausdehnung der Gewerkschaften Abbruch getan. Man sollte es sich daher in den Kartellen reiflich überlegen, bevor man zur Schaffung von kostspieligen Einrichtungen übergeht, die eine starke finanzielle Belastung der Gewerkschaften mit sich bringen.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben haben 648 Kartelle gemacht. Diese hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 733 614 M., an Streiksammlungen 660 217 M., und an sonstigen Einnahmen und Unternehmungen usw. 393 534 M. Die Gesamteinnahme betrug 1 787 365 M. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1 701 602 M. gegenüber, welche sich auf folgende Posten verteilt: Agitation 104 205 M., Arbeitervertreterwahlen 34 967 M., statistische Erhebungen 4427 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 98 950 M., Herbergen und Arbeitsnachweise 26 534 M., Sekretariate und Auskunftsstellen 222 519 M., Bibliotheken und Lesezimmer 74 708 M., Streiks 669 607 M. (davon aus den Kartellklassen 23 447 M.), Verwaltungskosten, sachliche und persönliche, 181 737 M., sonstige Ausgaben 283 948 M. Unter den Ausgabenposten für Verwaltung sind vielfach auch Kosten für Auskunftsstellen und Sekretariate verrechnet worden; in welcher Höhe läßt sich aus den Rassenberichten nicht feststellen.

Die Rassenbestände der 648 Kartelle betragen insgesamt am Schlusse des Jahres 1909 505 937 M. und am Schlusse des Jahres 1910 591 700 M. Es ist demnach eine Vermehrung der Rassenbestände von 85 763 M. eingetreten.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für Streiks außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1910 gegenüber dem Jahre 1909 eine Vermehrung der Einnahmen von 150 519 M. und eine Erhöhung der Ausgaben von 86 532 M. Die Ausgaben haben sich unter anderem erhöht bei den Posten: Agitation um 12 490 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle um 29 617 M., Bibliotheken und Lesezimmer um 16 715 M. und bei der Unterstüfung der Streiks aus den Kartellklassen um 1629 M.

Veranlaßt durch den Aufruf der Generalkommission fanden im Jahre 1910 umfangreiche Sammlungen statt zur Unterstüfung der Ausgeperrten im Baugewerbe. Von 389 Kartellen wurden insgesamt 660 217 M. durch Sammlungen aufgebracht, außerdem wurden von 158 Kartellen 23 447 M. an Unterstüfungen aus den Kartellklassen geleistet. Von der Streikunterstüfung wurden 42 319 M. am Orte verwandt und 627 288 M. der Generalkommission überwiesen. Ein Teil der Kartelle hat jedoch die Sammlungen nicht im Rassenbericht aufgenommen, da die Summen lediglich Durchgangsposten darstellen. Es ergibt sich das daraus, daß die Generalkommission über die Summe von 791 877 M. als von den Kartellen eingegangen quittierte. Die Klassenbewußte Arbeitererschaft hat durch diese Aufbringung von finanziellen Mitteln wiederum einen schönen Beweis ihrer Solidarität erbracht.

Die Jahresstatistiken der Generalkommission haben unzweifelhaft auf die Entwicklung der Kartelle einen äußerst günstigen Einfluß ausgeübt. Sie geben uns nicht nur seit zehn Jahren eine fortlaufende, lehrreiche Uebersicht über einen wichtigen Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit, sondern sie dienen auch den Kartellen als Richtschnur zur Erfassung und Erfüllung ihrer Aufgaben.

Mögen die Kartelle der Gewerkschaften auch fernerhin in dem gleichen Geiste ihre fruchtbringende Tätigkeit entfalten zum Wohle der Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft.

Literarisches.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Stuttgart. Jährlich 12 reich illustrierte Hefte mit den Beilagen: Wandern und Reisen. Aus Wald und Heide. Photographien und Naturwissenschaft. Haus, Garten und Feld. Die Natur in der Kunst. Preis 2,80 M. Mitglieder erhalten die Zeitschrift nebst 5 Bänden der orientlichen Beröfentlichungen für den Jahresbeitrag von 4,80 M. gratis geliefert.